Anlage 4

# Landkreis Wittmund

Rechnungsprüfungsamt

Bericht über die
Prüfung des Jahresabschlusses

**2012**

des

**Landkreises Wittmund**

## Inhaltsverzeichnis

**1. PRÜFUNGSAUFTRAG 5**

1.1 Vorbemerkungen 5

**2. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG 6**

2.1 Gegenstand der Prüfung 6
2.2 Art und Umfang der Prüfung 7

**3. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN 9**

3.1 Wirtschaftliche Lage des Landkreises Wittmund 9
3.1.1 Jahresrechnung des Vorjahres 9
3.1.2 Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen 10
3.1.3 Eröffnungsbilanz 10
3.1.4 Haushaltssatzung / Genehmigung 2012 12
3.1.5 Haushaltsplan 14
3.1.6 Vorläufige Haushaltsführung 14
3.1.7 Nachtragshaushaltssatzung 15
3.1.8 Ausführung des Haushaltsplans 15
3.2 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht 16
3.2.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft 16
3.2.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind 17

**4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG 18**

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 18
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 18
4.1.2 Kassenwesen/Kassenprüfung 19
4.1.3 Fachtechnische Prüfung / Prüfung von Vergaben nach VOB/VOL/VOF 21
4.1.4 Jahresabschluss 21
4.1.5 Jahresabschlussanalyse 22
4.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses 23
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 23
4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen 23
4.2.3 Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen 23
4.3 Wirtschaftliche Betätigung / Beteiligungen 24

**5. PRÜFUNGSVERMERK 24**

**6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT 26**

## Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| Abs. | Absatz |
| AG Doppik | Arbeitsgruppe „Umsetzung Doppik“ des Ministeriums für Inneres und Sport in Niedersachsen |
| AöR | Anstalt öffentlichen Rechts |
| Beitr. | Beiträge |
| bew. | beweglich |
| BGA | Betriebs- und Geschäftsausstattung |
| BGBl. | Bundesgesetzblatt |
| BStBl. | Bundessteuerblatt |
| bzgl. | bezüglich |
| bzw. | beziehungsweise |
| Doppik | Doppelte Buchführung in Konten |
| EigBetrVO | Eigenbetriebsverordnung vom 27.01.2011 (Nds. GVBl. S. 21) - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| EÖB | Eröffnungsbilanz |
| EStG | Einkommensteuergesetz vom 08.10.2009 (BGBl. I S. 3366, S. 3862, BstBl I S. 1346) - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| EStH | Einkommensteuer-Hinweise |
| EStR | Einkommensteuer-Richtlinien 2005 vom 16.12.2005 (BStBl.2005 I Sondernummer 1/2005) - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| etc. | et cetera |
| f. | folgende |
| ff. | folgende (Plural) |
| gem. | gemäß |
| GemHKVO | Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung vom 22.12.2005 (Nds. GVBl. S. 458, [Berichtigung: Nds. GVBl. 2006, S. 441], - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| GemHausRNeuOG | Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342), - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| gVG | geringwertiger Vermögensgegenstand |
| HGB | Handelsgesetzbuch in der im BGBl. Teil III, Gliederungsnummer 4100-1 veröffentlichen Fassung - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses gelten- |

| | |
|---|---|
| | den Fassung - |
| i.H.v. | in Höhe von |
| IDR | Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. |
| immat. | immateriell |
| i.V.m. | in Verbindung mit |
| KMU | kleine und mittlere Unternehmen |
| lfd. | laufend |
| MI | Ministerium für Inneres und Sport (in Nds.) |
| Nds. GVBl | Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt |
| NGO | Niedersächsische Gemeindeordnung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert am 07.10.2010 (Nds. GVBl. S. 462) - zum 31.10 2011 aufgehoben und ersetzt durch das NKomVG |
| NKomVG | Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) - folgte auf die NGO und gilt seit dem 01.11.2011 - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| NKomZG | Niedersächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung vom 21.12.2011 (Nds. GVBl. S. 493) - in der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses geltenden Fassung - |
| NKR | Neues Kommunales Rechnungswesen |
| o. g. | oben genannt |
| RPA | Rechnungsprüfungsamt |
| RdErl | Runderlass |
| SoPo | Sonderposten |
| stv. | stellvertretend |
| u.a. | unter anderem |
| usw. | und so weiter |
| VG | Vermögensgegenstand |
| vgl. | vergleiche |
| v.H. | vom Hundert |
| z.B. | zum Beispiel |

# 1. PRÜFUNGSAUFTRAG

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wittmund hat gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG i.V.m. § 156 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung, des Anhanges und des Rechenschaftsberichtes für das Haushaltsjahr 2012 vom

**Landkreis Wittmund**

- nachfolgend auch nur "Landkreis" genannt - geprüft.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG mit diesem Schlussbericht.

An der Prüfung haben mitgewirkt:

Amtsleiter Cassens
Verwaltungsprüferin Eihusen
Verwaltungsprüferin Lütkemeier
Verwaltungsprüfer Hyda
Verwaltungsprüfer Saager
Technische Prüferin Döring

In diesem Bericht und ggf. in den Erläuterungen können Prüfungsfeststellungen, Prüfungsbemerkungen und Hinweise bzw. Empfehlungen enthalten sein.

**Prüfungsfeststellungen** sind Feststellungen von wesentlicher / grundsätzlicher Bedeutung. Es wird daher um eine entsprechende Stellungnahme zu den jeweiligen Prüfungsfeststellungen von der Kreisverwaltung Wittmund gebeten.

**Prüfungsbemerkungen** hingegen sind Verstöße gegen Rechtsvorschriften, die weniger schwer ins Gewicht fallen, die aber zukünftig zu beachten sind.

Des Weiteren enthält der Bericht **Hinweise / Empfehlungen** des Rechnungsprüfungsamtes, die als Anregung zu verstehen sind.

## 1.1 Vorbemerkungen

Seit dem 01. Januar 2011 wird die Haushaltswirtschaft des Landkreises Wittmund nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung geführt (Doppik). Gemäß § 129

Abs. 1 Satz 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Der Jahresabschluss 2012 hätte demnach zum 31. März 2013 aufgestellt und dann dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorgelegt werden müssen, damit der Kreistag bis zum Jahresende über den Abschluss und die Entlastung des Landrates beschließen kann. Tatsächlich wurde der Abschluss im Oktober 2016 vollständig zur Prüfung vorgelegt.

Dieser Umstand ist hauptsächlich der Einführung der Doppik und der damit für kommunale Verwaltungen einhergehenden völlig neuen Rechnungslegungsmethode geschuldet.

# 2. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

## 2.1 Gegenstand der Prüfung

Die Erstellung, Aufstellung, Ausgestaltung und der Inhalt der Buchführung und des Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung des Landrates des Landkreises.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Dazu hat das Rechnungsprüfungsamt die Buchführung, die Inventur, das Inventar, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung (siehe Anlagen 6.1.1 bis 6.1.3), den Teilergebnisrechnungen, den Teilfinanzrechnungen, dem Anhang und dem Rechenschaftsbericht des Landkreises geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach dem NKomVG bzw. der GemHKVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlichen Tatbeständen, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

## 2.2 Art und Umfang der Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung nach §§ 155 Abs. 1 und 156 NKomVG in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Das Rechnungsprüfungsamt prüft gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss dahingehend, ob der Haushaltsplan und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind, bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist. Des Weiteren ist der Jahresabschluss daraufhin zu prüfen, dass sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt. Dabei kann das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 155 Abs. 3 NKomVG die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten. Das Ergebnis hat das Rechnungsprüfungsamt in einem Schlussbericht zusammenzufassen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Landrates sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse dahingehend beurteilt worden, ob insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage des Landkreises wiedergegeben wurde und mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend dargestellt wurden.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten geführt:

- immaterielles Vermögen
- Sachvermögen, hier insbesondere
    - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und
    - Infrastrukturvermögen
- Finanzvermögen, hier insbesondere
    - Forderungen
- Verbindlichkeiten
- Rückstellungen

jeweils inklusive der dazugehörigen Ertrags- oder Aufwandspositionen sowie dem Abgleich mit den Anlagenübersichten.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Während der Prüfung wurden grundsätzlich die Veränderungen der einzelnen Bilanzpositionen zwischen der Schlussbilanz zum 31.12.2011 als Ausgangspunkt der Prüfung und der Schlussbilanz zum 31.12.2012 nachvollzogen. Die entsprechenden Aufwands- und Ertragsbuchungen wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls geprüft. Zusätzlich wurde während der Prüfung auf die Einhaltung buchhalterischer Grundlagen der doppischen Haushaltswirtschaft, wie z.B. Periodengerechtigkeit und Bruttoveranschlagung, geachtet. Ein weiteres Augenmerk lag auf außer- und überplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen.

- Das Rechnungsprüfungsamt hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom Innenministerium verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle angewandt werden.

- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das Rechnungsprüfungsamt durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien Höhe und Einstellungszeitpunkt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde insbesondere durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.

- Es erfolgte eine Kontrolle der Bankbestätigungen von Kreditinstituten mit den entsprechenden Bilanzpositionen.

- Die Rückstellungen wurden auf Vollständigkeit untersucht. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen überprüft. Zur Kontrolle der Pensionsrückstellungen lag dem Rechnungsprüfungsamt ein versicherungsmathematisches Gutachten der Versorgungskasse vor. Das Rechnungsprüfungsamt hat sich bei der Prüfung auf dieses Gutachten gestützt.

Des Weiteren wurde der Haushaltsplan inklusive Darstellung der Teilhaus-

halte geprüft.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet. Ausgangspunkt der Prüfung war die geprüfte Schlussbilanz zum 31.12.2011 nebst Anhang des Landkreises.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung erteilt. Der Landrat hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses am 24. Oktober 2016 schriftlich bestätigt.

Mit der Verwaltung wurde am 01.03.2018 ein Gespräch über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 geführt, in dem die aufgefallenen Punkte erörtert wurden. In diesen Bericht sind die wesentlichen Ergebnisse aufgenommen worden.

# 3. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

## 3.1 Wirtschaftliche Lage des Landkreises Wittmund

### 3.1.1 Jahresrechnung des Vorjahres

Seit dem Jahr 2011 werden die Jahresabschlüsse des Landkreises Wittmund auf Grundlage der doppelten Buchführung erstellt.

Für das Haushaltsjahr 2011 wurde der Jahresabschluss mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 09. Mai 2016 gemäß § 129 NKomVG vom Kreistag des Landkreises Wittmund am 02.06.2016 beschlossen und über die Verwendung des Jahresergebnisses 2011 entschieden.

Hierbei wurde festgestellt, dass sich das ordentliche Jahresergebnis auf 3.274.193,86 EUR und das außerordentliche Jahresergebnis auf 674.042,90 EUR beläuft. Lt. Beschluss des Kreistages wurde der Überschuss gem. Artikel 6 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften mit dem bestehenden Sollfehlbetrag aus dem kameralen Abschluss verechnet, sodass im Jahresabschluss 2012 ein Sollfehlbetrag von -4.084.262,12 EUR verbleibt.

Nach § 129 Abs. 1 S. 2 NKomVG legt der Hauptverwaltungsbeamte die Abschlüsse mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung der Vertretung mit einer eigenen Stellungnahme vor. Eine Stellungnahme des Landrates zum Prüfungsbericht erfolgte lt. Mitteilung der Verwaltung nicht,

da der Bericht keine wesentlichen Prüfungsfeststellungen enthielt.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Unabhängig von den getroffenen Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes ist eine Stellungnahme des Landrates zum Prüfungsbericht abzugeben.

Dem Landrat wurde in der Sitzung vom 02.06.2016 uneingeschränkte Entlastung erteilt. Der vorgenannte Beschluss wurde gemäß § 129 Abs. 2 NKomVG öffentlich bekannt gemacht. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 04.07.2016 bis 12.07.2016. Das Haushaltsjahr 2011 wurde somit formell ordnungsgemäß zum Abschluss gebracht.

### 3.1.2 Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 des Landkreises Wittmund haben sich Prüfungsfeststellungen von wesentlicher / grundsätzlicher Bedeutung nicht ergeben.

### 3.1.3 Eröffnungsbilanz

Seit dem 01. Januar 2011 gelten für die Haushaltswirtschaft des Landkreises die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung. Nach endgültiger Prüfung der Eröffnungsbilanz wurde dem Landkreis am 09. Oktober 2014 ein Prüfungsbericht mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die ursprüngliche Bilanzsumme des Landkreises am 01. Januar 2011 belief sich auf insgesamt 127.356.521,74 EUR.

Im Zuge der Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 ergaben sich folgende Berichtigungen der Eröffnungsbilanz:

| **Aktiva** | bisher | Änderung | neu |
|---|---|---|---|
| 1.2 Lizenzen | 95.445,17 | 5.841,29 | 101.286,46 |
| 1.4 Geleistete Investitionszuweisungen, -zuschüsse | 21.366.615,77 | -404,99 | 21.366.210,78 |
| 2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere | 2.148.337,37 | -39.734,18 | 2.108.603,19 |
| 3.2 Beteiligungen | 4.063.521,00 | 28.965,00 | 4.092.486,00 |
| 3.4 Ausleihungen | 6.354.087,82 | -6.000,00 | 6.348.087,82 |
| 3.7 Forderungen aus Transferleistungen | 685.120,18 | -10.136,25 | 674.983,93 |
| 4. Liquide Mittel | 55.719,10 | -19.312,02 | 36.407,08 |
| 5. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | 1.760.852,12 | 210.075,46 | 1.970.927,58 |
| **Bilanzsumme:** | **127.356.521,74** | **169.294,31** | **127.525.816,05** |

| **Passiva** | bisher | Änderung | neu |
|---|---|---|---|
| 1.1.1 Reinvermögen | 11.264.634,28 | 2.792.960,31 | 14.057.594,59 |
| 1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen | 6.365.392,93 | 873,61 | 6.366.266,54 |
| 1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 46.799.209,37 | -11.815,79 | 46.787.393,58 |
| 1.4.3 Gebührenausgleich | 951.733,20 | -580.472,38 | 371.260,82 |
| 2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften | 68.470,41 | 6.794,41 | 75.264,82 |
| 2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke | 691.423,46 | 27.000,87 | 718.424,33 |
| 2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfe | 2.004.651,12 | -2.004.651,12 | - |
| 3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 24.916.599,00 | -395.766,00 | 24.520.833,00 |
| 3.8 Andere Rückstellungen | 700.324,45 | 333.420,98 | 1.033.745,43 |
| 4. Passive Rechnungsabgrenzung | 924,06 | 949,42 | 1.873,48 |
| **Bilanzsumme:** | **127.356.521,74** | **169.294,31** | **127.525.816,05** |

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 wurde eine Korrektur der Eröffnungsbilanz bei der Bilanzposition 3.2 "Beteiligungen" vorgenommen. Hier wurde die Beteiligung am Zweckverband Landesbühne Niedersachsen Nord um einen Betrag von 332 EUR abgewertet.

⇒ **Hinweis:**
Eine Korrektur der Eröffnungsbilanz soll nach § 61 Abs. 1 GemHKVO nur erfolgen, wenn es sich um einen wesentlichen Betrag handelt.

Gem. § 61 Abs. 1 S. 2 GemHKVO werden zwischenzeitlich erstellte Jahresabschlüsse nicht geändert. Nach § 61 Abs. 2 S. 3 GemHKVO erfolgt eine Erläuterung im Anhang der Bilanz.

### 3.1.4 Haushaltssatzung / Genehmigung 2012

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit seinen Bestandteilen Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Teilhaushalte, Stellenplan und den Anlagen zum Haushaltsplan stellen die Grundlage der Haushaltswirtschaft dar.

Die Haushaltssatzung ist auf der Grundlage des § 112 NKomVG erstellt worden. Die mit RdErl. des MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster sind für die Haushaltssatzung einschließlich aller Nachträge anzuwenden. Das mit RdErl. d. MI für verbindlich erklärte Haushaltsmuster für die Haushaltssatzung wurde verwendet.

Gemäß § 114 Abs. 1 NKomVG soll die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2012 sind am 26. April 2012 vom Kreistag beschlossen worden.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Eine fristgemäße Vorlage bei der Aufsichtsbehörde ist nicht erfolgt.

Das MI als Aufsichtsbehörde hat die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung des Landkreises Wittmund für das Haushaltsjahr 2012 am 09. Juli 2012 ohne Einschränkungen genehmigt. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 01. bis 09. August 2012.

Die Haushaltssatzung 2012 enthält für den Haushaltsplan folgende Festsetzungen:

| **Ergebnishaushalt** | EUR |
|---|---|
| ordentliche Erträge | 91.697.900 |
| ordentliche Aufwendungen | 91.663.600 |
| | |
| außerordentliche Erträge | 54.800 |
| außerordentliche Aufwendungen | 0 |

In der Haushaltsplanung wurde somit von Überschüssen im Ergebnishaushalt ausgegangen, sodass der Haushaltsplan entgegen der Vorgabe des §110 Abs. 4 NKomVG nicht ausgeglichen war. In diesen Fällen sind die jeweiligen Überschüsse als zusätzliche Aufwendungen auf den Konten "Zuführung eines Überschusses des ordentlichen bzw. des außerordentlichen Ergebnisses" zu veranschlagen (§ 15 Abs. 5 und Abs. 6 GemHKVO). Insofern rechnen diese Überschüsse gem. § 2 Abs. 3 und 4 GemHKVO zum Gesamtbetrag der ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen in der Haushaltssatzung.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
In der Haushaltssatzung kann weder im ordentlichen noch im außerordentlichen Bereich ein Überschuss ausgewiesen werden.

Der im Haushaltsplan gebildete Ansatz "Zuführung zur Gebührenausgleichsrücklage" i. H. v. 34.700 EUR wurde in die ordentlichen Aufwendungen nicht eingerechnet. Laut Verwaltung wird dieser Systemfehler in den folgenden Jahresabschlüssen nicht mehr auftreten.

| **Finanzhaushalt** | EUR |
|---|---|
| Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 88.598.500 |
| Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 85.119.100 |
| | |
| Einzahlungen für Investitionstätigkeit | 2.365.900 |
| Auszahlungen für Investitionstätigkeit | 4.972.900 |
| | |
| Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 891.000 |
| Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 1.763.400 |

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen im Finanzhaushalt wurde auf 91.855.400 EUR, der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf 91.855.400 EUR festgesetzt.

Mit Ausnahme der verspäteten Vorlage der Haushaltssatzung 2012 wurden die Bestimmungen zum Erlass der Haushaltssatzung einschließlich der Bestimmungen zur öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung beachtet.

### 3.1.5 Haushaltsplan

Nach § 112 Abs. 2 NKomVG enthält die Haushaltssatzung die Festsetzung des Haushaltsplans im Ergebnishaushalt unter Angabe des Gesamtbetrages der ordentlichen Erträge und Aufwendungen. Der Haushalt ist nach § 4 GemHKVO in Teilhaushalte zu gliedern.

Nach § 4 Abs. 7 GemHKVO sind in jedem Teilhaushalt die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen zu beschreiben sowie Kennzahlen zur Zielerreichung zu bestimmen. Die Vorgaben des § 4 Abs. 7 GemHKVO werden in Teilen erfüllt. Während Produkt-, Leistungsbeschreibungen und größtenteils Ziele im Haushaltsplan enthalten sind, fehlen Maßnahmen und Kennzahlen. Diese sollen gem. § 21 Abs. 2 GemHKVO zur Grundlage von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden, sodass dadurch der Haushaltsplan zum eigentlichen Steuerungsinstrument der Verwaltung und der Vertretung wird.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Die Vorgaben des § 4 Abs. 7 GemHKVO sind vollständig umzusetzen.

### 3.1.6 Vorläufige Haushaltsführung

Aufgrund der zu Beginn des Jahres 2012 noch nicht rechtskräftigen Haushaltssatzung galten zunächst die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 116 NKomVG. Hiernach dürfen die Kommunen u.a. nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind, und in diesem Rahmen insbesondere Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen fortsetzen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren. Die vorläufige Haushaltsführung endet nach § 116 Abs. 1 NKomVG mit Wirksamkeit der Haushaltssatzung. Nach § 112 Abs. 3 NKomVG wird die Haushaltssatzung am Tag nach Ende der öffentlichen Auslegung wirksam. Die Auslegung erfolgte bis zum 09.08.2012, sodass die vorläufige Haushaltsführung bis zu diesem Zeitpunkt andauerte. Der Landkreis Wittmund hat im Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung in einem Fall Auszahlungen für Investitionen geleistet, obwohl dafür keine Haushaltsmittel aus Vorjahren zur Verfügung standen.

### 3.1.7 Nachtragshaushaltssatzung

Gemäß § 115 NKomVG kann die Haushaltssatzung nur durch Nachtragssatzung geändert werden, die spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist. Für die Nachtragshaushaltssatzung gelten die Vorschriften für die Haushaltssatzung entsprechend.

Der Kreistag hat am 17. Dezember 2012 eine entsprechende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen. In dieser wurde der Stellenplan geändert, eine Veränderung der Endsummen der Festsetzungen des Haushaltsplanes erfolgte nicht.

Das MI als Aufsichtsbehörde hat die genehmigungspflichtigen Teile der 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wittmund für das Haushaltsjahr 2012 am 07. Januar.2013 genehmigt. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 04. bis 12. Februar 2013.

### 3.1.8 Ausführung des Haushaltsplans

Laut Aufstellung des Landkreises wurden im Jahr 2012 im Ergebnishaushalt über- und außerplanmäßige Aufwendungen gem. § 117 NKomVG in Höhe von rd. 1.405.000 EUR geleistet. Größter Posten war dabei die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger mit rd. 450.000 EUR. Für den investiven Bereich wurden im Jahr 2012 über- und außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von rd. 245.000 EUR getätigt.

Gemäß Kreistagsbeschluss vom 25. Juni 2011 entscheidet der Landrat bis zu einer Wertgrenze von 15.000 EUR über die Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, darüber hinaus der Kreistag. Erst nach Vorliegen der jeweiligen Zustimmung kann die über- oder außerplanmäßige Aufwendung bzw. Auszahlung geleistet werden. Auffallend ist, dass zum Teil erst sehr spät (in den Jahren 2016 und 2017) die Zustimmungen eingeholt wurden. Grund hierfür sind überwiegend Umbuchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten, die zu nachträglichen Ansatzüberschreitungen geführt haben. In der Konsequenz bedeutet dies, dass das nach § 117 NKomVG vorgeschriebene Genehmigungsverfahren im Vorfeld nicht durchgeführt werden konnte. Hier sind auch die Fachämter gefordert, die Entwicklung ihrer Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen zu überwachen und mit den jeweiligen Haushaltsmitteln des Ansatzes abzugleichen.

⇒ **Hinweis:**
Zukünftig ist darauf zu achten, dass die Vorgaben des § 117 NKomVG beachtet werden.

Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses durch das RPA lagen die jeweiligen Zustimmungen für die über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen vor.

Zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung sind nach § 21 Abs. 1 GemHKVO insbesondere die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und das Controlling mit einem unterjährigen Berichtswesen einzusetzen. Eine Kosten- und Leistungsrechnung wird im Rahmen von kostenrechnenden Teilbereichen wie z.B. dem Rettungsdienst und der Abfallwirtschaft genutzt.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie ein Controlling mit unterjährigem Berichtswesen wurden im Jahr 2012 nur in Teilbereichen eingesetzt.

## 3.2 Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht

### 3.2.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft

Im Rechenschaftsbericht werden folgende wesentliche Aussagen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage des Landkreises getroffen:

- Die Ergebnisrechnung schloss mit einem ordentlichen Ergebnis von rd. 3.963.000 EUR ab. Es fiel um etwa diesen Betrag besser aus als erwartet. Ursächlich hierfür waren deutlich geringere ordentliche Aufwendungen als geplant. Das außerordentliche Ergebnis schloss mit einem Überschuss in Höhe von rd. 1.058.000 EUR um rd. 1.000.000 EUR besser ab. Dies ist vor allem mit außerordentlichen (periodenfremden) Rückzahlungsbeständen der Bundesagentur für Arbeit im Bereich des Jobcenters zu erklären. Somit ergab sich ein Jahresergebnis 2012 in Höhe von rd. 5.021.000 EUR, welches rd. 4.967.000 EUR über den Ansätzen des Haushaltsplanes lag.

- In der Finanzrechnung betrug der Stand der liquiden Mittel am Ende des Jahres 2012 insgesamt 249.172 EUR. Der Landkreis konnte im Haushaltsjahr 2012 den festen Liquiditätskredit zurückzahlen und zudem ein Guthaben auf dem laufenden Konto ausweisen.

- Die geplante neue Kreditaufnahme für Investitionen in Höhe von 891.000 EUR wurde im Haushaltsjahr 2012 durch die gute Liquiditätslage lediglich in Höhe von rund 246.773 EUR (Darlehen aus Kreisschul-

baukasse) realisiert. Kreditermächtigungen aus Vorjahren wurden in 2012 in Höhe von rund 4.000.000 EUR umgesetzt. Dazu mussten Kredite vom Kreditmarkt aufgenommen werden.

- Im Allgemeinen verlief die Haushaltswirtschaft im Rechnungsjahr 2012 sehr zufriedenstellend. Die Ertragslage ist mit einem Jahresüberschuss von rd. 5.021.000 EUR als überaus positiv zu betrachten.

- Der Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss in Höhe von rd. 4,1 Mio EUR stellt noch eine Vorbelastung dar. Durch den Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2012 wird dieser Sollfehlbetrag ausgeglichen werden können. Dazu bedarf es noch eines Beschlusses des Kreistages. Nach Ausgleich des Sollfehlbetrages können Jahresüberschüsse in die Rücklage des ordentlichen oder außerordentlichen Ergebnisses eingestellt und zu späteren Zeiten zum Ausgleich eventueller Defizite herangezogen werden.

- Die Verwaltung hat gem. § 57 Abs. 1 GemHKVO eine Bewertung der Jahresabschlussrechnung durch Bildung von Kennzahlen aus der Bilanz und aus der Ertragslage im Zeitvergleich vorgenommen. Diese Analyse sowie weitere Aussagen der Verwaltung zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage können den Ausführungen des Rechenschaftsberichtes entnommen werden.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:
Die Aussagen im Rechenschaftsbericht zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage des Landkreises geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage des Landkreises wieder.

### 3.2.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind

Nach dem Rechenschaftsbericht stellt die Entwicklung des Kapitalmarktes ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Die Verwaltung weist darauf hin, dass mittelfristig zu erwarten ist, dass das seit längerer Zeit auf einem Rekordtief liegende Zinsniveau wieder ansteigt. Nicht abgebaute Schulden werden dann zu einem Kostenrisiko. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, waren lt. Rechenschaftsbericht nicht bekannt.

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht sind nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes zutreffend dargestellt.

# 4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

## 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

### 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Der auf Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens in Niedersachsen erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan gewährleistet eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig und fortlaufend erfasst. Die Buchungen wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Allerdings erfolgen die Buchungen mit zeitlichen Rückständen. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig ins Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde grundsätzlich zutreffend aus der Buchführung entwickelt und von dem Landkreis aufgestellt.

Ein wesentlicher Bestandteil der doppischen Haushaltsführung ist die Periodengerechtigkeit (siehe u.a. § 10 Abs. 2 und § 51 Abs. 1 GemHKVO). Hiernach sollen die Aufwendungen dem Haushaltsjahr zugerechnet werden, in dem sie auch wirtschaftlich verursacht wurden.
Die Bearbeitung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) erfolgt mit dem Programm Info51. Dieses Programm ist jedoch nicht in der Lage, Forderungshöhen für einen zurückliegenden Zeitraum auszuweisen, eine Schnittstelle zum Finanzprogramm mpsNF besteht erst seit Mitte 2017 (siehe dazu auch: Erläuterungsteil Ergebnisrechnung, sonstige Transfererträge).

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Die Forderungen werden insoweit nicht periodengerecht dargestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, der Nettoposition, der Schulden, der Rückstellungen und der Rechnungsabgrenzungsposten wurden erbracht.

Wird die Buchführung durch automatische Datenverarbeitung unterstützt, muss gemäß § 35 Abs. 5 Nr.1 GemHKVO sichergestellt werden, dass nur Programme verwendet werden, die mit dem geltenden Recht übereinstimmen, die für den Landkreis zugänglich dokumentiert und durch ihn zur Anwendung freigegeben sind. Für das Finanzverfahren mpsNF wurde im Zu-

sammenhang mit der Eröffnungsbilanzprüfung die Freigabe zur Anwendung der Software erteilt. Eine erneute Freigabeerklärung für das aktualisierte Programm im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nicht. Für die Nebenbuchhaltungsprogramme (z.B. Loga) liegen bislang noch keine Freigabeerklärungen vor.

⇒ **Hinweis:**
Eine regelmäßige (zumindest jährliche) Anpassung der Freigabe an die Programmfortschreibungen (Updates) sollte erfolgen.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von dem Landkreis getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes mit den im Bericht und in den Erläuterungsteilen aufgeführten Einschränkungen (Prüfungsbemerkungen) den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung und im Jahresabschluss.

Weitere Prüfungsbemerkungen, die sich auf einzelne Bilanzpositionen oder Positionen in der Ergebnis- oder Finanzrechnung beziehen, sind in diesem Teil des Berichtes nicht erwähnt. Diese finden sich in den entsprechenden Erläuterungsteilen:

- Erläuterungsteil Aktiva (Anlage 6.2.2)
- Erläuterungsteil Passiva (Anlage 6.2.3)
- Erläuterungsteil Ergebnisrechnung (Anlage 6.2.4)
- Erläuterungsteil Finanzrechnung (Anlage 6.2.5)

### 4.1.2 Kassenwesen/Kassenprüfung

Im Haushaltsjahr 2012 wurde in der Zeit vom 08.05. bis 15.05.2012 eine unvermutete Kassenprüfung gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 4 NKomVG vom Rechnungsprüfungsamt durchgeführt.

Folgende wesentliche Prüfungsfeststellung hatte sich dabei ergeben :

PF1 - Dienstanweisungen für die Erstellung und die Erteilung der Kassenanordnungen sowie für die Verwaltung der Handvorschüsse und Geldannahmestellen, die Verwaltung von Wertgegenständen und für Vollstreckungsbeamte gemäß §§ 40, 41 Abs. 2 GemHKVO hat

der Landkreis Wittmund noch nicht erlassen.

Als Ergebnis der Kassenprüfung wurde ansonsten festgestellt, dass

- der Kassenistbestand mit dem Kassensollbestand nicht übereinstimmt, weil das Haushaltsjahr 2010 noch nicht abgeschlossen war.

  Erläuterung dazu aus dem Kassenprüfbericht:

  Die Differenz betrug 4.305.394,00 Euro. Diese resultierte aus dem Haushaltsjahr 2010, das zum Zeitpunkt der Kassenprüfung am 08.05.2012 noch nicht abgeschlossen war. Für die Abwicklung des Haushaltsjahres 2010 wurde der Zahlweg 021 eingerichtet, auf dem der Betrag von 4.305.394,00 Euro nachgewiesen wurde. Der Zahlweg 021 wurde ausschließlich eingerichtet, damit im Tagesabschluss keine Differenz in Höhe dieses Betrages ausgewiesen wurde. Die Summe von 4.305.394,00 Euro setzte sich zusammen aus den im Tagesabschluss vom 23.09.2011 dargestellten Zahlwegen mit dem Stand vom 31.12.2010, den Einzahlungen im Haushaltsjahr 2010 für das Haushaltsjahr 2011, den Schwebeposten zum 31.12.2010 auf dem Zahlweg 4 (EC-Karten Zahlung) und den übernommenen Beständen der Verwahrgeldkonten aus dem Jahr 2010. Die einzelnen Beträge sind in dem Tagesabschluss unter Hinweis zum Zahlweg 021 (Abwicklung HHJ 2010) angegeben worden. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2010 sollte der Zahlweg 021 gelöscht werden.

  Anmerkung: Dieses ist inzwischen erfolgt, eine Differenz besteht nicht mehr.

Des Weiteren wurde aufgrund der Kassenprüfung im Haushaltsjahr 2012 festgestellt, dass

- die Kassengeschäfte grundsätzlich ordnungsgemäß abgewickelt wurden und
- das Kassenwesen grundsätzlich zuverlässig eingerichtet ist.

Zu der Prüfungsfeststellung hat sich Folgendes ergeben:

Am 26.11.2012 hat der Landkreis Wittmund die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung und die Kreiskasse Wittmund erlassen. Die Dienstanweisung beinhaltet u.a. Bestimmungen über den Aufbau und die Ablauforganisation, das Anordnungswesen, die Einrichtung der Kreiskasse und die Verwaltung der Zahlungsmittel, die Buchführung, den Einsatz automatisierter Datenverarbeitung, Niederschlagung, Stundung, Erlass und Insolvenzverfahren, Handvorschüsse, Zahlstellen und Sonderkassen sowie innere und äußere Sicherheitsvorkehrungen. Die Prüfungsfeststellung in dem Bericht vom 07.06.2012 über die örtliche Kassenprüfung ist dadurch als erledigt zu betrachten.

### 4.1.3 Fachtechnische Prüfung / Prüfung von Vergaben nach VOB/-VOL/VOF

Gemäß § 155 Abs.1 Nr. 5 NKomVG unterliegen die Vergaben des Landkreises vor Auftragserteilung der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

Im Rahmen der Vergabeprüfung wird vorab festgestellt, ob die Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowie für sonstige freiberuflichen Leistungen beachtet werden. Die Einhaltung der Vergabevorschriften dient dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren.

Zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes wurden für den Landkreis Wittmund folgende Wertgrenzen für die Vorlage von Ausschreibungen vor Auftragsvergabe beim Rechnungsprüfungsamt festgelegt :

- VOL - 30.000 EUR
- VOB - 30.000 EUR
- freiberufliche Leistungen - alle Verträge sind vorher vorzulegen

Durch das Rechnungsprüfungsamt wurden für das Haushaltsjahr 2012 entsprechende vorherige Prüfungen durchgeführt. Feststellungen wurden in der Regel im Zuge des Prüfungsverfahrens und der Beratung direkt geklärt.

### 4.1.4 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettoposition und die Rechnungsabgrenzungsposten sind grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in nach vernünftiger Beurteilung notwendigem Maße gebildet.

Nach § 54 Abs. 5 GemHKVO sind unterhalb der Bilanz, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind, Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vermerkt, insbesondere Haushaltsreste, Bürgschaften, Gewährleistungsverträge, in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge.

Der Anhang enthält gem. § 55 GemHKVO die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von dem Kreis angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Schuldenübersicht nach § 56 Abs. 3 GemHKVO soll nach den Restlaufzeiten der Schulden (bis zu einem Jahr, von über einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren) gegliedert werden. Die Aufteilung der Schulden erfolgte nach der Fälligkeit der jeweiligen Verbindlichkeit bzw. Fälligkeit der jeweiligen einzelnen Tilgungsrate. Ein Hinweis, wie der Begriff "Restlaufzeit" auszulegen ist, ist weder in der NKomVG noch der GemHKVO enthalten. In der Kommentierung zu § 56 Abs. 3 GemHKVO wird angemerkt, dass die Schuldenübersicht zur Liquiditätsplanung dienen soll. Das Rechnungsprüfungsamt vertritt die Auffassung, dass die vorgenommene Aufteilung korrekt ist.

Es wird festgestellt, dass der Rechenschaftsbericht

- mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage des Landkreises wiedergibt,
- mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Dem Rechnungsprüfungsamt sind keine (weiteren) nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die zu berichten wäre, bekannt geworden.

Das Rechnungsprüfungsamt kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

### 4.1.5 Jahresabschlussanalyse

#### Vermögens- und Kapitalstruktur

Aus der aus der Bilanz zum 31. Dezember 2012 abgeleiteten Darstellung der Vermögens- und Kapitalstruktur des Kreises werden entsprechende Kennzahlen gebildet. Bezüglich. der Berechnung der Kennzahlen wird auf die Anlage 6.2.1 verwiesen.

**Ertragslage**

Aus den Daten der Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2012 des Landkreises wurden entsprechende Kennzahlen gebildet. Hinsichtlich. der Berechnung wird auf die Anlage 6.2.1 verwiesen. Die Verwaltung weist zurecht darauf hin, dass die Aussagekraft der Kennzahlen mit Fertigstellung weiterer Jahresabschlüsse ansteigen wird.

## 4.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach Überzeugung des Rechnungsprüfungsamtes stellt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune dar. Der Rechenschaftsbericht gibt insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Kommune wieder und stellt mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend dar.

### 4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind im Anhang des Landkreises enthalten.

### 4.2.3 Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und die wertbestimmenden Faktoren haben sich gegenüber der Eröffnungsbilanz grundsätzlich nicht verändert.
Die Vorgehensweise bei der Pauschalwertberichtigung von Forderungen wurde in diesem Jahresabschluss erneut angepasst. Die Kassenreste aus den Jahren 2011 und 2012 wurden ins Verhältnis zum Gesamtbestand aller Forderungen gesetzt.
Des Weiteren wurde die Bilanzierung der geleisteten Krankenhausumlage im Hinblick auf den Beginn der Abschreibung geändert. Erst mit Auszahlung des letzten Teilbetrages der Umlage wird diese aktiviert, weil dann der endgültige Wert feststeht.

## 4.3 Wirtschaftliche Betätigung / Beteiligungen

Der Landkreis Wittmund darf sich gemäß § 136 Abs. 1 NKomVG zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Voraussetzungen der Nr. 1 bis 3 wirtschaftlich betätigen. Für die Führung eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder der Beteiligung an einem solchen Unternehmen hat der Landkreis Wittmund die Voraussetzungen des § 137 NKomVG zu beachten.

Darüber hinaus hat der Landkreis Wittmund seine Unternehmen, Beteiligungen und Einrichtungen gemäß § 150 NKomVG im Sinne der zu erfüllenden öffentlichen Zwecke zu überwachen und zu koordinieren (Beteiligungsmanagement) .

Die wirtschaftliche Betätigung und die Beteiligungen sind im Erläuterungsteil (Anlage Nr. 6.2.2) dargestellt.

# 5. PRÜFUNGSVERMERK

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wittmund hat den Jahresabschluss des Landkreises Wittmund zum 31.12.2012 geprüft. Zur Prüfung lagen alle Bestandteile des Jahresabschlusses gem. § 128 Abs. 2 NKomVG vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften der NKomVG und der GemHKVO liegt in der Verantwortung des Landrates des Landkreises Wittmund.

Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes besteht darin zu prüfen, ob der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht, um aufgrund der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 155, 156 NKomVG ist unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Prüfungsansätze vorgenommen worden. Die Prüfungshandlungen sind unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 156 Abs. 1 NKomVG auf den Umfang beschränkt worden, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen war, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können. Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für diese Beurteilung bildet.

Aufgrund der vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Wittmund zum 31. Dezember 2012, über deren Ergebnisse dieser Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften informiert, wird bestätigt:

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben. Die Prüfungsbemerkungen in diesem Bericht einschließlich seiner Erläuterungsteile sind zu beachten. Dabei weist das Rechnungsprüfungsamt darauf hin, dass die Prüfungsbemerkungen im Hinblick auf die gesamten haushaltstechnischen Arbeiten eines Haushaltsjahres geringfügig sind. Als Ergebnis wird bestätigt, dass

- der Haushaltsplan grundsätzlich eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgeblichen Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen grundsätzlich enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises Wittmund darstellt.

Wittmund, den 11.04.2018

Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Wittmund
im Auftrage

Lütkemeier
stv. Leiterin Rechnungsprüfungsamt

# 6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT

## 6.1 Bestandteile

6.1.1 Bilanz zum 31. Dezember 2012

6.1.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2012

6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2012

## 6.2 Freiwillige Anlagen zum Schlussbericht

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz (Aktiva)

6.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz (Passiva)

6.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Ergebnisrechnung

6.2.5 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Finanzrechnung

ANLAGE 6.1.1

# Bilanz des Landkreises Wittmund zum 31. Dezember 2012

## AKTIVA

| | | 31.12.2012 EUR | | 31.12.2011 EUR | |
|---|---|---|---|---|---|
| **1.** | **Immaterielles Vermögen** | | | | |
| 1.1 | Lizenzen | 233.152,24 | | 193.973,50 | |
| 1.2 | Ähnliche Rechte | 1,00 | | 1,00 | |
| 1.3 | Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 21.208.704,81 | | 21.637.295,12 | |
| 1.4 | Sonstiges immaterielles Vermögen | 1.129.303,83 | | 616.865,06 | |
| | | | 22.571.161,88 | | 22.448.134,68 |
| **2.** | **Sachvermögen** | | | | |
| 2.1 | Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 1.781.735,22 | | 1.776.684,29 | |
| 2.2 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 60.330.676,99 | | 57.043.894,20 | |
| 2.3 | Infrastrukturvermögen | 24.784.102,86 | | 24.890.043,59 | |
| 2.4 | Bauten auf fremden Grundstücken | 612.149,02 | | 636.905,87 | |
| 2.5 | Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 20,00 | | 20,00 | |
| 2.6 | Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 698.639,88 | | 272.676,80 | |
| 2.7 | Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere | 3.335.199,45 | | 3.268.578,34 | |
| 2.8 | Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 114.664,66 | | 617.001,12 | |
| | | | 91.657.188,08 | | 88.505.804,21 |
| **3.** | **Finanzvermögen** | | | | |
| 3.1 | Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.729.785,59 | | 2.729.785,59 | |
| 3.2 | Beteiligungen | 4.117.396,00 | | 4.097.876,00 | |
| 3.3 | Ausleihungen | 6.331.500,40 | | 6.339.418,82 | |
| 3.4 | Öffentlich- rechtliche Forderungen | 2.161.306,54 | | 1.276.384,37 | |
| 3.5 | Forderungen aus Transferleistungen | 2.005.721,11 | | 1.729.761,62 | |
| 3.6 | privatrechtliche Forderungen | 49.426,24 | | 17.771,20 | |
| 3.7 | Sonstige Vermögensgegenstände | 1.095.494,66 | | 648.040,95 | |
| | | | 18.490.630,54 | | 16.839.038,55 |
| **4.** | **Liquide Mittel** | | 249.172,36 | | 74.726,75 |
| **5.** | **Aktive Rechnungsabgrenzung** | | 3.745.708,28 | | 2.591.611,44 |
| | | | **136.713.861,14** | | **130.459.315,63** |

## PASSIVA

| | | 31.12.2012 EUR | | 31.12.2011 EUR | |
|---|---|---|---|---|---|
| **1.** | **Nettoposition** | | | | |
| 1.1 | Basis-Reinvermögen | | | | |
| 1.1.1 | Reinvermögen | 14.346.367,23 | | 14.279.077,41 | |
| 1.1.2 | Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag) | -4.084.262,12 | | -8.032.498,88 | |
| 1.2 | Rücklagen | | | | |
| 1.2.1 | Zweckgebundene Rücklagen | 6.678.068,42 | | 6.364.269,12 | |
| 1.3 | Jahresergebnis | | | | |
| 1.3.1 | Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen) | 5.021.178,21<br>0,00 | | 3.948.236,76<br>0,00 | |
| 1.4 | Sonderposten | | | | |
| 1.4.1 | Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 47.572.553,26 | | 48.612.101,61 | |
| 1.4.2 | Gebührenausgleich | 268.295,01 | | 174.199,89 | |
| 1.4.3 | erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | 548.401,79 | | 615.519,90 | |
| | | | 70.350.601,80 | | 65.960.905,81 |
| **2.** | **Schulden** | | | | |
| 2.1 | Geldschulden | | | | |
| 2.1.1 | Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 29.009.254,95 | | 26.385.281,24 | |
| 2.1.2 | Liquiditätskredite | 0,00 | | 7.282.996,90 | |
| 2.2 | Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften | 3.424.830,67 | | 72.893,61 | |
| 2.3 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 1.176.619,59 | | 1.271.472,41 | |
| 2.4 | Transferverbindlichkeiten | | | | |
| 2.4.1 | Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke | 1.127.919,40 | | 629.512,21 | |
| 2.4.2 | Soziale Leistungsverbindlichkeiten | 264.167,86 | | 516.644,45 | |
| 2.4.3 | Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen | 75,00 | | 0,00 | |
| 2.5 | Sonstige Verbindlichkeiten | | | | |
| 2.5.1 | Durchlaufende Posten | | | | |
| | 2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer | 13.553,23 | | 0,00 | |
| | 2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer | 87.824,53 | | 55.293,24 | |
| | 2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten | 1.025.762,22 | | 299.389,66 | |
| 2.5.2 | Andere sonstige Verbindlichkeiten | 896.558,28 | | 214.079,28 | |
| | | | 37.026.565,73 | | 36.727.563,00 |
| **3.** | **Rückstellungen** | | | | |
| 3.1 | Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 25.950.989,00 | | 25.393.921,00 | |
| 3.2 | Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen | 1.881.075,43 | | 1.812.342,00 | |
| 3.3 | Andere Rückstellungen | 531.520,32 | | 512.735,90 | |
| | | | 28.363.584,75 | | 27.718.998,90 |
| **4.** | **Passive Rechnungsabgrenzung** | | 973.108,86 | | 51.847,92 |
| | | | **136.713.861,14** | | **130.459.315,63** |

ANLAGE 6.1.1

## Bilanz des Landkreises Wittmund zum 31. Dezember 2012

| **Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre: insbesondere** | **31.12.2012** | **31.12.2011** |
|---|---|---|
| Haushaltsausgabereste | 2.829.128,42 | 3.112.762,95 |
| Bürgschaften | 9.207.111,60 | 7.762.681,32 |
| in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen | 0,00 | 190.000,00 |
| Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften | 2.665.429,10 | 2.378.707,92 |
| über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge | 10.236,00 | 11.329,31 |
| | **14.711.905,12** | **13.455.481,50** |

ANLAGE 6.1.2

## Ergebnisrechnung des Landkreises Wittmund zum 31.12.2012

| | | Erträge und Aufwendungen | Ergebnis des Vorjahres EUR | Ergebnis des Haushalts-jahres EUR | Ansätze des Haushalts-jahres EUR | mehr (+) weniger (-) EUR | aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außerplan-mäßige Auf-wendungen EUR |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | | **ordentliche Erträge** | | 0 | | | |
| 1 | | Steuern und ähnliche Abgaben | 633.971,79 | 746.540,74 | 741.900,00 | 4.640,74 | |
| 2 | + | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 53.044.965,58 | 59.216.481,71 | 61.748.900,00 | -2.532.418,29 | |
| 3 | + | Auflösungserträge aus Sonderposten | 2.403.215,77 | 2.495.591,10 | 2.337.500,00 | 158.091,10 | |
| 4 | + | Sonstige Transfererträge | 2.938.652,21 | 3.144.760,04 | 2.594.800,00 | 549.960,04 | |
| 5 | + | Öffentlich-rechtliche Entgelte | 10.560.445,01 | 11.025.557,14 | 10.662.000,00 | 363.557,14 | |
| 6 | + | Privatrechtliche Entgelte | 1.110.349,73 | 610.664,68 | 516.500,00 | 94.164,68 | |
| 7 | + | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 2.118.728,52 | 11.707.761,62 | 10.901.400,00 | 806.361,62 | |
| 8 | + | Zinsen und ähnliche Finanzerträge | 505.549,25 | 512.529,64 | 495.000,00 | 17.529,64 | |
| 9 | + | Aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | |
| 10 | + | Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | |
| 11 | + | Sonstige ordentliche Erträge | 1.569.952,01 | 1.851.797,80 | 1.699.900,00 | 151.897,80 | |
| 12 | = | **Summe ordentliche Erträge** | 74.885.829,87 | 91.311.684,47 | 91.697.900,00 | -386.215,53 | |
| | | **ordentliche Aufwendungen** | | | | | |
| 13 | - | Aufwendungen für aktives Personal | 14.526.514,93 | 16.856.095,17 | 16.688.700,00 | 167.395,17 | |
| 14 | - | Aufwendungen für Versorgung | 259.659,00 | 306.017,16 | 160.400,00 | 145.617,16 | |
| 15 | - | Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 5.348.546,07 | 5.751.928,23 | 6.391.000,00 | -639.071,77 | |
| 16 | - | Abschreibungen | 4.549.428,29 | 5.094.778,03 | 5.579.800,00 | -485.021,97 | |
| 17 | - | Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.111.453,62 | 966.002,87 | 1.170.000,00 | -203.997,13 | |
| 18 | - | Transferaufwendungen | 28.499.578,86 | 48.902.701,66 | 51.759.700,00 | -2.856.998,34 | |
| 19 | - | Sonstige ordentliche Aufwendungen | 17.316.455,24 | 9.471.297,79 | 9.948.700,00 | -477.402,21 | |
| 20 | = | **Summe ordentliche Aufwendungen** | 71.611.636,01 | 87.348.820,91 | 91.698.300,00 | -4.349.479,09 | |
| 21 | = | **Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss(+) / -fehlbetrag(-)** | **3.274.193,86** | **3.962.863,56** | **-400,00** | **3.963.263,56** | |
| 22 | + | Außerordentliche Erträge | 674.042,90 | 1.078.640,62 | 54.800,00 | 1.023.840,62 | |
| 23 | - | Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | 20.325,97 | 0,00 | 20.325,97 | |
| **24** | = | **Außerordentliches Ergebnis** | **674.042,90** | **1.058.314,65** | **54.800,00** | **1.003.514,65** | |
| **25** | = | **Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **3.948.236,76** | **5.021.178,21** | **54.400,00** | **4.966.778,21** | |

## Finanzrechnung des Landkreises Wittmund zum 31. Dezember 2012

| | | Einzahlungen und Auszahlungen | Ergebnis des Vorjahres EUR | Ergebnis des Haushaltsjahres EUR | Ansätze des Haushaltsjahres EUR | mehr (+) weniger (-) EUR | aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außerplanmäßige Auszahlungen EUR |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| | | **Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | | | | | |
| 1 | + | Steuern und ähnliche Abgaben | 638.649,86 | 741.837,35 | 741.900,00 | -62,65 | |
| 2 | + | Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 53.037.801,72 | 59.951.873,50 | 61.748.900,00 | -1.797.026,50 | |
| 3 | + | Sonstige Transfereinzahlungen | 2.366.455,99 | 3.149.498,09 | 2.594.800,00 | 554.698,09 | |
| 4 | + | Öffentlich-rechtliche Entgelte | 10.087.622,76 | 10.765.872,23 | 10.662.000,00 | 103.872,23 | |
| 5 | + | Privatrechtliche Entgelte | 754.900,99 | 646.963,99 | 557.600,00 | 89.363,99 | |
| 6 | + | Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 2.018.422,11 | 12.136.402,99 | 10.901.400,00 | 1.235.002,99 | |
| 7 | + | Zinsen und ähnliche Einzahlungen | 516.940,41 | 497.144,86 | 495.000,00 | 2.144,86 | |
| 8 | + | Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 8.500,00 | -8.500,00 | |
| 9 | + | Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen | 933.177,56 | 829.240,06 | 888.400,00 | -59.159,94 | |
| **10** | **=** | **Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | 70.353.971,40 | 88.718.833,07 | 88.598.500,00 | 120.333,07 | |
| | | **Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | | | | | |
| 11 | - | Auszahlungen für aktives Personal | 13.191.403,98 | 16.238.930,26 | 15.902.000,00 | 336.930,26 | |
| 12 | - | Auszahlungen für Versorgung | 157.478,86 | 161.541,30 | 160.400,00 | 1.141,30 | |
| 13 | - | Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände | 5.471.120,61 | 5.624.223,67 | 6.391.000,00 | -766.776,33 | |
| 14 | - | Zinsen und ähnliche Auszahlungen | 1.092.446,45 | 1.022.058,72 | 1.170.000,00 | -147.941,28 | |
| 15 | - | Transferauszahlungen | 28.327.141,50 | 49.691.643,22 | 51.581.700,00 | -1.890.056,78 | |
| 16 | - | Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen | 17.213.256,18 | 9.443.765,55 | 9.914.000,00 | -470.234,45 | |
| **17** | **=** | **Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | 65.452.847,58 | 82.182.162,72 | 85.119.100,00 | -2.936.937,28 | |
| **18** | **=** | **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** | **4.901.123,82** | **6.536.670,35** | **3.479.400,00** | **3.057.270,35** | |
| | | **Einzahlungen für Investitionstätigkeit** | | | | | |
| 19 | + | Zuwendungen für Investitionstätigkeit | 2.569.312,97 | 1.457.490,01 | 1.779.600,00 | -322.109,99 | |
| 20 | + | Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit | 142.181,65 | 326.326,50 | 21.000,00 | 305.326,50 | |
| 21 | + | Veräußerung von Sachvermögen | 99.143,95 | 27.219,87 | 113.300,00 | -86.080,13 | |
| 22 | + | Finanzvermögensanlagen | 0,00 | 0,00 | 100,00 | -100,00 | |
| 23 | + | Sonstige Investitionstätigkeit | 424.011,60 | 451.895,02 | 451.900,00 | -4,98 | |

| | | Einzahlungen und Auszahlungen | Ergebnis des Vorjahres EUR | Ergebnis des Haushalts-jahres EUR | Ansätze des Haushalts-jahres EUR | mehr (+) weniger (-) EUR | aus Spalte 5 bisher nicht bewilligte über-/außerplan-mäßige Auszahlungen EUR |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| **24** | **=** | **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | 3.234.650,17 | 2.262.931,40 | 2.365.900,00 | -102.968,60 | |
| | | **Auszahlungen für Investitionstätigkeit** | | | | | |
| 25 | - | Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | 287.198,30 | 677.485,81 | 751.000,00 | -73.514,19 | |
| 26 | - | Baumaßnahmen | 1.445.526,68 | 925.829,17 | 845.100,00 | 80.729,17 | |
| 27 | - | Erwerb von beweglichem Sachvermögen | 890.614,74 | 1.162.088,31 | 1.248.500,00 | -86.411,69 | |
| 28 | - | Erwerb von Finanzvermögensanlagen | 52.561,96 | 47.206,79 | 46.000,00 | 1.206,79 | |
| 29 | - | Aktivierbare Zuwendungen | 1.993.867,14 | 1.685.606,67 | 1.635.100,00 | 50.506,67 | |
| 30 | - | Sonstige Investitionstätigkeit | 421.666,80 | 447.176,60 | 447.200,00 | -23,40 | |
| **31** | **=** | **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | 5.091.435,62 | 4.945.393,35 | 4.972.900,00 | -27.506,65 | |
| **32** | **=** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | **-1.856.785,45** | **-2.682.461,95** | **-2.607.000,00** | **-75.461,95** | |
| **33** | **=** | **Finanzmittelüberschuss** | **3.044.338,37** | **3.854.208,40** | **872.400,00** | **2.981.808,40** | |
| | | **Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungs-tätigkeit** | | | | | |
| 34 | + | Einzahlungen aus Finanzierungs-tätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitions-tätigkeit | 421.666,80 | 4.246.772,91 | 891.000,00 | 3.355.772,91 | |
| 35 | - | Auszahlungen aus Finanzierungs-tätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit | 1.723.098,89 | 1.622.799,20 | 1.763.400,00 | -140.600,80 | |
| **36** | **=** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | **-1.301.432,09** | **2.623.973,71** | **-872.400,00** | **3.496.373,71** | |
| **37** | **=** | **Finanzmittelbestand** | **1.742.906,28** | **6.478.182,11** | **0,00** | **6.478.182,11** | |
| 38 | + | Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite) | 34.382.845,08 | 33.839.823,39 | 0,00 | 33.839.823,39 | |
| 39 | - | Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite) | 34.500.600,62 | 37.818.084,49 | 0,00 | 37.818.084,49 | |
| **40** | **=** | **Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** | **-117.755,54** | **-3.978.261,10** | **0,00** | **-3.978.261,10** | |
| **41** | +/- | Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres | -3.875.899,39 | -2.250.748,65 | 0,00 | -2.250.748,65 | |
| **42** | **=** | **Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)** | **-2.250.748,65** | **249.172,36** | **0,00** | **249.172,36** | |

**Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises Wittmund**

**Vermögensstruktur**

| | 2012 TEUR | % | 2011 TEUR | % | +/- TEUR |
|---|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 22.571 | 17 | 22.448 | 17 | 123 |
| Sachvermögen (ohne Vorräte) | 91.543 | 66 | 87.889 | 69 | 3.654 |
| Finanzvermögen | 13.179 | 10 | 13.167 | 10 | 12 |
| **Langfristig gebundenes Vermögen** | 127.293 | 93 | 123.504 | 96 | 3.789 |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 115 | 0 | 617 | 0 | -502 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 4.167 | 3 | 3.006 | 2 | 1.161 |
| Privatrechtliche Forderungen | 49 | 0 | 18 | 0 | 31 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 1.095 | 1 | 648 | 0 | 447 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 3.746 | 3 | 2.592 | 2 | 1.154 |
| **Kurzfristig gebundenes Vermögen** | 9.172 | 7 | 6.881 | 4 | 2.291 |
| Liquide Mittel | 249 | 0 | 75 | 0 | 174 |
| **Liquide Mittel** | 249 | 0 | 75 | 0 | 174 |
| | 136.714 | 100 | 130.460 | 100 | 6.254 |

**Kapitalstruktur**

| | 2012 TEUR | % | 2011 TEUR | % | +/- TEUR |
|---|---|---|---|---|---|
| Basis-Reinvermögen | 10.262 | 8 | 6.247 | 5 | 4.015 |
| Rücklagen | 6.678 | 5 | 6.364 | 5 | 314 |
| Jahresergebnis | 5.021 | 4 | 3.948 | 3 | 1.073 |
| Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 47.573 | 35 | 48.613 | 39 | -1.040 |
| Sonderposten für den Gebührenausgleich | 268 | 0 | 174 | 0 | 94 |
| Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | 548 | 0 | 616 | 0 | -68 |
| **Nettoposition** | 70.350 | 52 | 65.962 | 52 | 4.388 |
| Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 29.009 | 21 | 26.385 | 20 | 2.624 |
| Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 25.951 | 19 | 25.394 | 19 | 557 |
| Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen | 1.881 | 1 | 1.812 | 1 | 69 |
| **Langfristiges Fremdkapital** | 56.841 | 41 | 53.591 | 40 | 3.250 |
| **Mittelfristiges Fremdkapital** | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 1.177 | 1 | 1.271 | 1 | -94 |
| Transferverbindlichkeiten | 1.392 | 1 | 1.146 | 1 | 246 |
| Liquiditätskredite | 0 | 0 | 7.283 | 6 | -7.283 |
| Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften | 3.425 | 3 | 73 | 0 | 3.352 |
| Übrige Verbindlichkeiten und RAP | 2.997 | 2 | 621 | 0 | 2.376 |
| Andere Rückstellungen | 532 | 0 | 513 | 0 | 19 |
| **Kurzfristiges Fremdkapital** | 9.523 | 7 | 10.907 | 8 | -1.384 |
| | 136.714 | 100 | 130.460 | 100 | 6.254 |

**Kennzahlen Vermögens- und Finanzlage**

| | 2012 | 2011 |
|---|---|---|
| **Vermögenslage** | | |
| **Anlagenintensität** | 93,1 | 94,7 |
| Anlagevermögen * 100 / Bilanzsumme | | |
| **Infrastrukturquote** | 18,1 | 19,1 |
| Infrastrukturvermögen * 100 / Bilanzsumme | | |
| **Reinvestitionsquote** | 107,3 | 117,8 |
| Bruttoinvestitionen * 100 / Jahresabschreibungen auf Sachvermögen und immat. Vermögen | | |
| **Finanzlage** | | |
| **Eigenkapitalquote I** | 16,1 | 12,7 |
| Nettoposition * 100 / Bilanzsumme | | |
| **Eigenkapitalquote II** | 51,5 | 50,6 |
| Nettoposition + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge * 100 / Bilanzsumme | | |

ANLAGE 6.2.1

| | | |
|---|---|---|
| **Anlagendeckungsgrad II** | 99,9 | 96,8 |

$$\frac{\text{Nettoposition + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfr. Fremdkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

| | | |
|---|---|---|
| **kurzfristige Verbindlichkeitsquote** | 6,6 | 8,0 |

$$\frac{\text{kurzfr. Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

| | | |
|---|---|---|
| **dynamischer Verschuldungsgrad** | 9,22 | 12,29 |

$$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit}}$$

**Ertragslage**

| | 2012 TEUR | % | 2011 TEUR | % |
|---|---|---|---|---|
| Steuern und ähnliche Abgaben | 746 | 1 | 634 | 1 |
| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 59.216 | 65 | 53.045 | 71 |
| Auflösungserträge aus Sonderposten | 2.496 | 3 | 2.403 | 3 |
| Sonstige Transfererträge | 3.145 | 3 | 2.939 | 4 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 11.025 | 12 | 10.560 | 14 |
| Privatrechtliche Entgelte | 611 | 1 | 1.110 | 1 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 11.708 | 13 | 2.119 | 3 |
| Zinsen und ähnliche Finanzerträge | 513 | 0 | 506 | 1 |
| Sonstige ordentliche Erträge | 1.852 | 2 | 1.570 | 2 |
| **Ordentliche Erträge** | 91.312 | 100 | 74.886 | 100 |
| Aufwendungen für aktives Personal | -16.856 | -18 | -14.527 | -19 |
| Aufwendungen für Versorgung | -306 | 0 | -260 | 0 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | -5.752 | 6 | -5.349 | -7 |
| Abschreibungen | -5.095 | -6 | -4.549 | -6 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -966 | -1 | -1.111 | -1 |
| Transferaufwendungen | -48.903 | -54 | -28.500 | -38 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | -9.471 | -10 | -17.316 | -23 |
| **Ordentliche Aufwendungen** | -87.349 | -95 | -71.612 | -94 |
| **Ordentliches Ergebnis** | 3.963 | 5 | 3.274 | 6 |
| Außerordentliche Erträge | 1.078 | 1 | 674 | 1 |
| **Außerordentliche Erträge** | 1.078 | 1 | 674 | 1 |
| Außerordentliche Aufwendungen | -20 | 0 | 0 | 0 |
| **Außerordentliche Aufwendungen** | -20 | 0 | 0 | 0 |
| **Außerordentliches Ergebnis** | 1.058 | 1 | 674 | 1 |
| **Jahresergebnis** | 5.021 | 6 | 3.948 | 7 |

**Kennzahlen Ertragslage**

| | 2012 | 2011 |
|---|---|---|
| **Ertragslage** | | |
| **Eigenkapitalreichweite** | | |
| (Die Eigenkapitalreichweite wird lediglich bei Jahresfehlbeträgen berechnet.) | | |
| Nettoposition + Sonderposten / negatives Jahresergebnis | | |
| **Steuerquote** | 0,8 | 0,8 |
| Steuererträge und ähnliche Abgaben * 100 / ordentliche Erträge | | |
| **Zuwendungsquote** | 64,9 | 70,8 |
| Erträge aus Zuwendungen und allg. Umlagen * 100 / ordentliche Erträge | | |
| **Personalintensität I** | 19,3 | 20,3 |
| Personalaufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen | | |
| **Sach- und Dienstleistungsintensität** | 6,6 | 7,5 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen * 100 / ordentliche Aufwendungen | | |

| | | |
|---|---|---|
| **Transferaufwandsquote** | 56,0 | 39,8 |
| Transferaufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen | | |
| **Zinslastquote** | 1,1 | 1,6 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen * 100 / ordentliche Aufwendungen | | |
| **Ergebnisquote** | 78,9 | 82,9 |
| Ordentliches Ergebnis * 100 / Jahresergebnis | | |
| **Abschreibungslastquote** | 184,7 | 179,8 |
| bilanzielle Abschreibungen auf Sachvermögen und immat. Vermögen * 100 / Auflösungserträge aus Sonderposten | | |

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz**

**zum 31. Dezember 2012**

## AKTIVSEITE

Die nachfolgende Nummerierung entspricht der Nummerierung in der Bilanz gem. § 54 Abs. 2 GemHKVO. Da Positionen ohne Wert in diesem Erläuterungsteil grundsätzlich nicht aufgeführt sind, ist die Nummerierung nicht zwingend fortlaufend.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.** | **Immaterielles Vermögen** | 22.571.161,88 | 22.448.134,68 |

Das **immaterielle Vermögen** des Landkreises Wittmund zum Jahresende 2012 besteht insbesondere aus geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüssen.

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Lizenzen | 233.152,24 | 1,0 |
| Ähnliche Rechte | 1,00 | - |
| Geleistete Invest.zuweisungen und -zuschüsse | 21.208.704,81 | 94,0 |
| Sonstiges immaterielles Vermögen | 1.129.303,83 | 5,0 |
| Summe | 22.571.161,88 | 100,0 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.1** | **Lizenzen** | 233.152,24 | 193.973,50 |

Die Erhöhung der Bilanzposition ergibt sich vor allem durch die Anschaffung von ArcGIS Lizenzen und der Software Serve & Charge. Bei der Aktivierung der ArcGIS Lizenzen wurden auch nicht aktivierungsfähige Aufwendungen für Schulungen in Höhe von insgesamt 6.104,70 EUR aktiviert. Die Position ist um diesen Betrag zu hoch und die Ergebnisrechnung im Aufwandsbereich zu niedrig ausgewiesen. Insofern liegt ein Ausweisfehler vor.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.2** | **Ähnliche Rechte** | 1,00 | 1,00 |

Es handelt sich hierbei um das Erbbaurecht beim Sportplatz Friedeburg, für welches keine Anschaffungskosten vorliegen, so dass gem. der Empfehlungen der AG Doppik zur Bewertung von Erbbaurechten nur ein Erinnerungswert auszuweisen ist.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.3** | **Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse** | 21.208.704,81 | 21.637.295,12 |

Diese Bilanzposition setzt sich zusammen aus dem Betrag zur Krankenhausumlage (ca. 474.000 EUR), KMU-Zuschüssen (ca. 282.000 EUR) und sonstigen geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüssen. Diesen stehen die jährlichen Abschreibungen in Höhe von ca. 1.573.000 EUR gegenüber, was auch die Verminderung dieser Position erklärt.
Bereits Mitte des Haushaltsjahres 2011 wurde per Bescheid ein Zuschuss für die Anschaffung von zwei Mannschaftstransportern in Höhe von 37.810,75 EUR gewährt. Die Bewilligung und Auszahlung erfolgte aus Mitteln des Haushaltsjahres 2012.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Zum Zeitpunkt der Gewährung lag keine Ermächtigung vor.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.4** | **Sonstiges immaterielles Vermögen** | 1.129.303,83 | 616.865,06 |

Diese Position umfasst die Anzahlungen des Kreises auf von ihm zu leistende Investitionszuwendungen. In 2012 waren dies insbesondere 250.000 EUR für die Erweiterung des Facharztzentrums sowie ca. 317.000 EUR für die Erneuerung der Küche des Krankenhauses. Nach Fertigstellung der Vermögensgegenstände und vollständiger Zahlung der Zuweisung oder des Zuschusses erfolgt dann eine Umbuchung auf die Position geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.** | **Sachvermögen** | 91.657.188,08 | 88.505.804,21 |

Das **Sachvermögen** des Landkreises Wittmund ist im Wesentlichen durch die unbebauten und bebauten Grundstücke sowie durch das Infrastrukturvermögen geprägt. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist in dem Kauf des Verwaltungsgebäudes VI am Dohuser Weg begründet. Es setzt sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 1.781.735,22 | 1,9 |
| Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 60.330.676,99 | 65,8 |
| Infrastrukturvermögen | 24.784.102,86 | 27,1 |
| Bauten auf fremden Grundstücken | 612.149,02 | 0,7 |
| Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 20,00 | 0,0 |
| Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 698.639,88 | 0,8 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere | 3.335.199,45 | 3,6 |
| Vorräte | 0,00 | 0,0 |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 114.664,66 | 0,1 |
| Summe: | 91.657.188,08 | 100,0 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.1** | **Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** | 1.781.735,22 | 1.776.684,29 |

Als **unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** werden alle im Eigentum des Landkreises befindlichen unbebauten Bodenflächen einschließlich dazugehörender Oberflächengewässer bezeichnet. Hierzu zählen Bauland, land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen, Erholungsflächen und sonstige Flächen.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR | Veränderung EUR |
|---|---|---|---|
| Grünflächen | 1.147.309,01 | 1.142.258,08 | 5.050,93 |
| Ackerland | 274.523,60 | 274.523,60 | 0,00 |
| Wald, Forsten | 250.000,00 | 250.000,00 | 0,00 |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 109.902,61 | 109.902,61 | 0,00 |
| | 1.781.735,22 | 1.776.684,29 | 5.050,93 |

Die **Grünflächen** betreffen Erholungsflächen wie Parkanlagen oder sonstige

Freizeit- und Erholungsflächen einschließlich der zugehörigen Oberflächengewässer. Ferner werden hier Wasserflächen (nicht fischereiwirtschaftlich genutzt), Waldflächen (nicht forstwirtschaftlich genutzt), Unland, Moor und Naturschutzflächen ausgewiesen.
Das **Ackerland** betrifft den Grund und Boden, der landwirtschaftlich oder gartenbaulich kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.
Zu **Wald und Forsten** gehört der Grund und Boden, der forstwirtschaftlich überwiegend kommerziell oder für eigene Zwecke genutzt wird.
Bei den **sonstigen unbebauten Grundstücken** wird anderweitig genutzter Grund und Boden abgebildet, wie z.B. Bauland.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **2.2** | **Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** | 60.330.676,99 | 57.043.894,20 |

Bei den **bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** handelt es sich um Grundstücke mit Aufbauten, die entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen für Niedersachsen getrennt in Grund und Boden sowie Aufbauten erfasst und bewertet werden. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in dieser Position ist hauptsächlich durch das erworbene Verwaltungsgebäude VI begründet. Diesem Zugang stehen die jährlichen Abschreibungen der Gebäude gegenüber.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR | Veränderung<br>EUR |
|---|---|---|---|
| Grundstücke mit Wohnbauten | 21.939,36 | 22.218,42 | -279,06 |
| Grundstücke mit Schulen | 48.004.561,78 | 48.663.130,49 | -658.568,71 |
| Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen | 2.756.456,58 | 2.787.894,78 | -31.438,20 |
| Grundstücke für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz | 513.026,82 | 520.874,43 | -7.847,61 |
| Grundstücke mit sonstigen Dienst- und Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden | 9.034.692,45 | 5.049.776,08 | 3.984.916,37 |
| | 60.330.676,99 | 57.043.894,20 | 3.286.782,79 |

| | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|
| **Grundstücke mit Wohnbauten** | 21.939,36 | 22.218,42 |

Zu den **Wohnbauten** gehören die zur Vermietung bestimmten Wohnhäuser und Wohnungen des Landkreises Wittmund.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| **Grundstücke mit Schulen** | 48.004.561,78 | 48.663.130,49 |

Hier sind die Schulen, Turn- und Sporthallen des Landkreises Wittmund ausgewiesen, welche durch die laufenden Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr reduziert wurden.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| **Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen** | 2.756.456,58 | 2.787.894,78 |

Die Position **Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen** enthält die Spiel- und Sportplätze des Landkreises. Die Reduzierung ergibt sich durch die laufende Abschreibung der entsprechenden Aufbauten.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| **Grundstücke für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz** | 513.026,82 | 520.874,43 |

Erfasst wird beim **Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz** insbesondere die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ). Die Reduzierung ergibt sich auch hier durch die laufende Abschreibung.

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| **Grundstücke mit sonstigen Dienst- und Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden** | 9.034.692,45 | 5.049.776,08 |

Zu den sonstigen **Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden** gehören insbesondere die Verwaltungsgebäude, wie auch das neu erworbene Verwaltungsgebäude VI des Landkreises Wittmund.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.3** | **Infrastrukturvermögen** | 24.784.102,86 | 24.890.043,59 |

Beim **Infrastrukturvermögen** handelt es sich um öffentliche Einrichtungen, die ausschließlich nach ihrer Bauweise und Funktion für den öffentlichen Gemeingebrauch bestimmt sind.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Grund und Boden des Infrastrukturvermögens | 4.356.185,66 | 4.349.378,48 |
| Brücken und Tunnel | 1.938.649,67 | 1.937.551,93 |
| Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen | 18.465.993,07 | 18.599.768,73 |
| Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen | 23.274,46 | 3.344,45 |
| | 24.784.102,86 | 24.890.043,59 |

Der **Grund und Boden des Infrastrukturvermögens** besteht im Wesentlichen aus den bebauten und unbebauten Bodenflächen des Landkreises. Die Erhöhung ergibt sich hier durch nachträgliche Anschaffungskosten für Radwege.
Bei den **Brücken und Tunneln** wurde in 2012 der Durchlass an der K 16 fertiggestellt, sodass sich hier trotz jährlicher Abschreibungen eine Erhöhung der Bilanzposition ergibt.
Die Veränderung bei den **Straßen, Wegen und Plätzen** resultiert aus der Fertigstellung der Baumaßnahmen im Bereich der K6 sowie der K16. Die planmäßigen Abschreibungen vermindern allerdings diese Position insgesamt.
Die in 2011 neu angelegte Datenleitung vom Jobcenter (seinerzeit noch im Sparkassengebäude am Markt) zu den Landkreisgebäuden wurde aufgrund der geänderten Nutzungssituation außerordentlich abgeschrieben. Die neue Datenleitung zwischen Sozialzentrum, Krankenhaus und Leitstelle wurde bei der Position **Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen** aktiviert.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.4** | **Bauten auf fremden Grundstücken** | 612.149,02 | 636.905,87 |

Zu den **Bauten auf fremden Grund und Boden** gehören die beiden Müllumschlagstationen auf Spiekeroog und Langeoog sowie die Gebäude im Wittmunder Wald. Die Reduzierung resultiert auch hier aus der jährlichen Abschreibung.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.5** | **Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler** | 20,00 | 20,00 |

Hier werden insgesamt 20 Vermögensgegenstände **(Kunstgegenstände bzw. Kulturdenkmäler)** mit einem Erinnerungswert von je 1 EUR ausgewiesen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.6** | **Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge** | 698.639,88 | 272.676,80 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Fahrzeuge | 530.427,76 | 150.346,27 |
| Maschinen u. Technische Anlage | 168.212,12 | 122.330,53 |
| | 698.639,88 | 272.676,80 |

Im Bereich der **Fahrzeuge** wurden in 2012 insbesondere ein Einsatzleitwagen der Feuerwehr sowie ein Traktor und im Bereich der **Maschinen und technischen Anlagen** ein Kassenautomat angeschafft.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.7** | **Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere** | 3.335.199,45 | 3.268.578,34 |

Zur Bilanzposition **Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere** gehören die Einrichtungsgegenstände der öffentlichen Gebäude. Pflanzen und Tiere wurden nicht bilanziert. Grundsätzlich wurden seitens des Landkreises während der vorläufigen Haushaltsführung die Vorgaben der NKomVG beachtet. In einem Fall wurde eine Tragkraftspritze für 9.877,00 EUR beschafft, bei der weder Mittel aus Vorjahren zur Verfügung standen, noch die Voraussetzungen des § 116 NKomVG erfüllt waren.

In der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind Sammelposten aus 2012 in Höhe von 234.644 EUR enthalten. Ein Sammelposten wird für bewegliche Vermögensgegenstände gebildet, deren Anschaffungs- oder Herstellungswerte

150 EUR ohne Umsatzsteuer übersteigen, aber den Einzelwert von 1.000 EUR nicht überschreiten, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen. Der Sammelposten wird gem. § 47 Abs. 2 GemHKVO über insgesamt 5 Jahre- beginnend im Jahr der Bildung- abgeschrieben.

§ 45 Abs. 7 GemHKVO räumt die Möglichkeit ein, dass bewegliche Vermögensgegenstände als ein Vermögensgegenstand aktiviert werden, wenn es sich um technisch oder wirtschaftlich zusammengehörige Gegenstände handelt, die in ihrer Gesamtheit zusammen genutzt werden, und wenn der Gesamtbetrag der Anschaffungs- und Herstellungskosten 150 EUR ohne Umsatzsteuer übersteigt. Einer Kommune steht es frei, von dieser Regelung Gebrauch zu machen. Der Landkreis Wittmund hat diese Möglichkeit genutzt und mehrfach mehrere Vermögensgegenstände als einen Vermögensgegenstand aktiviert. Nach den Hinweisen der AG Doppik soll von dieser Möglichkeit nur Gebrauch gemacht werden, wenn der Gesamtbetrag den Wert der Anschaffungskosten von 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer übersteigt. Zudem sollen die einzelnen Vermögensgegenstände den Wert von 150 EUR ohne Umsatzsteuer nur im Ausnahmefall übersteigen.
Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass einige Vermögensgegenstände über dem Wert von 150 EUR ohne Umsatzsteuer liegen, sodass diese im Sammelposten oder als einzelner Vermögensgegenstand auszuweisen wären. Eventuelle zukünftige Ersatzbeschaffungen dieser Vermögensgegenstände führen im Rahmen der gebildeten Sachgesamtheit dazu, dass diese nur ergebniswirksam berücksichtigt werden können.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **2.8** | **Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau** | 114.664,66 | 617.001,12 |

Die Reduzierung der Bilanzposition **Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau** ergibt sich insbesondere durch die Fertigstellung der Baumaßnahmen im Bereich der K6 und der K16 sowie der Anschaffung eines Einsatzleitwagens für die Feuerwehr.

Der zum 31.12.2012 verbleibende Wert teilt sich auf in **Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen** in Höhe von 105.330 EUR und **Anlagen im Bau** in Höhe von 9.335 EUR.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **3.** | **Finanzvermögen** | 18.490.630,54 | 16.839.038,55 |

Das **Finanzvermögen** teilt sich wie folgt auf:

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.729.785,59 | 14,8 |
| Beteiligungen | 4.117.396,00 | 22,3 |
| Sondervermögen mit Sonderrechnung | - | 0,0 |
| Ausleihungen | 6.331.500,40 | 34,2 |
| Wertpapiere | - | 0,0 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 2.161.306,54 | 11,7 |
| Forderungen aus Transferleistungen | 2.005.721,11 | 10,8 |
| privatrechtliche Forderungen | 49.426,24 | 0,3 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 1.095.494,66 | 5,9 |
| | 18.490.630,54 | 100,0 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.1** | **Anteile an verbundenen Unternehmen** | 2.729.785,59 | 2.729.785,59 |

**Verbundene Unternehmen** sind nach dem Niedersächsischen Kontenrahmen solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die im Gesamtabschluss voll zu konsolidieren sind. Das ist in der Regel der Fall, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt. Von einem beherrschenden Einfluss wird ausgegangen, wenn die Kommune mehr als 50 % der Stimmrechte ausübt oder er aus anderen Gründen (z.B. durch Vertrag) vorliegt. Ausgewiesen wird hier die 100 %ige Tochter des Landkreises, die Krankenhaus Wittmund gGmbH.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.2** | **Beteiligungen** | 4.117.396,00 | 4.097.876,00 |

Entsprechend dem "Verbindlichen Kontenrahmen für Niedersachsen 2012" sind unter dem Bilanzposten **Beteiligungen** solche Anteile an Unternehmen anzusetzen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Der Kontenrahmen orientiert sich dabei exakt an der Formulierung des § 271 Abs. 1 S. 1 HGB. Insofern ist es vom Gesetzgeber durchaus gewollt, Regelungen des Handelsgesetzbuches erläuternd heranzuziehen. § 271 Abs. 1 S. 3 HGB führt erläuternd aus, dass Anteile, die insgesamt 20 % des Nennkapitals überschreiten, als Beteiligung gelten.

Liegen die Anteile bei mehr als 50 % der Stimmrechte, ist entsprechend dem "Verbindlichen Kontenrahmen für Niedersachsen 2012" von einem beherrschen-

den Einfluss der Kommune auf das Unternehmen auszugehen. In diesem Fall ist - wie oben bereits erwähnt- eine Bilanzierung unter „Anteile an verbundenen Unternehmen“ vorzunehmen. Auch hier orientiert sich der Gesetzgeber am Handelsgesetzbuch (§ 271 Abs. 2 i. V.m. § 290 Abs. 2 HGB).

| Übersicht: | EUR |
|---|---|
| Niedersächsische Landgesellschaft mbH | 710,00 |
| Elektrizitätsgenossenschaft für Wittmund eG | 6.000,00 |
| Volks- und Musikschule der Lkr. Friesland und Wittmund gGmbH | 24.333,00 |
| Ostfriesland Tourismus GmbH | 17.725,00 |
| JadeWeserPort InfoCenter GmbH | 40.548,00 |
| Jade Bay GmbH Entwicklungsgesellschaft | 6.500,00 |
| Kooperative Leitstelle Ostfriesland (AöR) | 20.000,00 |
| Naturschutzstiftung Region Friesland/Wittmund/Wilhelmshaven | 12.000,00 |
| Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverband - EWE | 3.121.316,00 |
| Verkehrsregion-Nahverkehr Ems-Jade GbR - VEJ | 51.352,00 |
| Zweckverband JadeWeserPark | 7.436,00 |
| Zweckverband Deutsches Sielhafenmuseum in Carolinensiel | 1,00 |
| Zweckverband Landesbühne Niedersachsen Nord | 4.620,00 |
| Zweckverband Veterinäramt JadeWeser | 1,00 |
| Zweckverband Abfallwirtschaft Friesland/Wittmund | 782.392,00 |
| Oldenburgischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen | 21.430,00 |
| Zweckverband Ems-Dollart-Region | 1.029,00 |
| Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband | 1,00 |
| Zweckverband Kreis- und Stadtsparkasse LeerWittmund | 1,00 |
| Ostfriesische Landschaft | 1,00 |
| | 4.117.396,00 |

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde die Eröffnungsbilanz gem. § 61 Abs. 1 GemHKVO korrigiert. Die Bilanzposition "Beteiligungen" wurde um 332 EUR durch eine Korrektur des Ansatzes bei dem "Zweckverband Landesbühne Niedersachsen" verringert.
Dagegen erfolgte im Vergleich zum Jahresabschluss 2011 eine Zuschreibung bei der "Volks- und Musikschule" i. H. v. 19.852 EUR aufgrund reduzierter Verlustvorträge.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.3** | **Ausleihungen** | 6.331.500,40 | 6.339.418,82 |

Bei den **Ausleihungen** handelt es sich um langfristige "Forderungen" wie Darlehen, Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Arbeitgeber- oder Wohnungsbaudarlehen, die durch Hingabe von Kapital erworben werden und eine vorab definierte Laufzeit haben. Hier ist der Großteil der Bilanzposition auf die Kreisschulbaukasse zurückzuführen, aus der der Landkreis und auch die kreisangehörigen Gemeinden Zuwendungen für Schulbaumaßnahmen erhalten können. Die Reduzierung ergibt sich durch Tilgungsleistungen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.4** | **Öffentlich- rechtliche Forderungen** | 2.161.306,54 | 1.276.384,37 |

Zu den **öffentlich-rechtlichen Forderungen** zählen die Forderungen aus der Festsetzung von Gebühren, Beiträgen, Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Bei öffentlich-rechtlichen Forderungen, mit deren Begleichung nicht mehr gerechnet werden kann, werden gem. § 47 Abs. 6 GemHKVO Abschreibungen bis auf den Wert eines Börsen- oder Marktpreises am Abschlusstag vorgenommen. Nach § 47 Abs. 6 S. 3 i.V.m. Abs. 5 S. 4 GemHKVO wird der nicht mehr gerechtfertigte höhere Abschreibungsbetrag wieder zugeschrieben, wenn sich in einem späteren Jahr herausstellt, dass die Gründe für die höhere Abschreibung nicht mehr bestehen.
Nicht alle Forderungen sind gleichwertig. Vielmehr ist nach werthaltigen, zweifelhaften und uneinbringlichen Forderungen zu unterscheiden. Während zweifelhafte und uneinbringliche Forderungen einzeln wertzuberichtigen sind, empfiehlt es sich, bei werthaltigen Forderungen eine Pauschalwertberichtigung vorzunehmen. Diese bilden das Ausfallrisiko von Forderungen als prozentualen Anteil aufgrund von Erfahrungswerten ab. Die Vorgehensweise bei der Pauschalwertermittlung ist mit dem Jahresabschluss 2012 angepasst worden. Zur Ermittlung eines Durchschnittswertes wurden bestehende Kassenreste aus den Jahren 2011 und 2012 zugrunde gelegt. Dieser Maßstab wird sich in den nächsten Jahren erneut verändern, da zusätzlich die Kassenreste des jeweiligen Folgejahres berücksichtigt werden. Insofern liegt erst in späteren Jahresabschlüssen ein aussagekräftiger durchschnittlicher Erfahrungswert für die Pauschalwertermittlung vor.
Die Pauschalwertberichtigungen wurden für alle Produkte ausschließlich bei dem zentralen Produkt "Kreiskasse" zusammengefasst. Die Verantwortlichkeiten sind so nicht erkennbar. Der Haushalt ist gem. § 4 Abs. 1 GemHKVO in Teilhaushalte zu gliedern, in denen die ihnen zugeordneten Produkte abgebildet werden.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Die Pauschalwertberichtigungen sind in den Teilhaushalten und den zugehörigen Produkten darzustellen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.5** | **Forderungen aus Transferleistungen** | 2.005.721,11 | 1.729.761,62 |

Zu den **Forderungen aus Transferleistungen** zählen Forderungen aus Zuwendungen, aus allgemeinen Umlagen und Forderungen durch sonstige Transfererträge wie z.B. Kostenersatz und Rückforderungen bei Sozialhilfeleistungen. Nach § 37 Abs. 1 Nr. 1 GemHKVO nimmt die Kommune zum Schluss des Haushaltsjahres alle in ihrem wirtschaftlichem Eigentum stehenden Vermögensgegenstände auf und weist diese gem. § 42 Abs. 2 GemHKVO in der Bilanz vollständig aus. Auch bei diesen Forderungen aus Transferleistungen werden gem. § 47 Abs. 6 GemHKVO Abschreibungen bis auf den Wert eines Börsen- oder Marktpreises am Abschlusstag vorgenommen.

=> **Prüfungsbemerkung**:
Die Prüfungsbemerkung bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen bezüglich der Pauschalwertberichtigung trifft auch bei den Forderungen aus Transferleistungen zu.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.6** | **privatrechtliche Forderungen** | 49.426,24 | 17.771,20 |

Zu den **privatrechtlichen Forderungen** gehören die Forderungen, die der Landkreis Wittmund zum Bilanzstichtag aufgrund von privatrechtlichen Verträgen innehat.
Auch diese Forderungen sind vollständig aufzunehmen und zum Bilanzstichtag auf den Wert eines Börsen- oder Marktpreises abzuschreiben.

=> **Prüfungsbemerkung**:
Die Prüfungsbemerkung bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen bezüglich der Pauschalwertberichtigung trifft auch bei den privatrechtlichen Forderungen zu.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.7** | **Sonstige Vermögensgegenstände** | 1.095.494,66 | 648.040,95 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Forderungen | 21.334,62 | 45.953,56 |
| Sonstige Vorschüsse | 500.000,00 | 0,00 |
| Forderungen aus Verwahrgeldern | 77.516,92 | 25.986,65 |
| Versorgungsrücklage | 343.609,14 | 297.699,48 |
| Vorsteuer | 0,00 | 1.999,96 |
| Übrige privatrechtliche Forderungen | 35.255,67 | 13.681,07 |
| Korrekturkonto negative Verbindlichkeiten | 125.612,97 | 268.464,66 |
| Einzelwertberichtigungen | -2.144,89 | -767,88 |
| Pauschalwertberichtigungen | -5.689,77 | -4.976,55 |
| | 1.095.494,66 | 648.040,95 |

Bei den **sonstigen Vorschüssen** wurde ein kurzfristiger Betriebsmittelkredit an die Krankenhaus Wittmund gGmbH ausgewiesen.

Bei den **Forderungen aus Verwahrgeldern** handelt es sich um noch ausstehende Gelder, die der Landkreis für andere Stellen anfordert und an diese bei Geldeingang weiterleitet. Anzuführen ist hier z.B. die Erstattung von überzahlten Leistungen nach dem Wohngeld- oder Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Die ausgewiesene **Versorgungsrücklage** in Höhe von 343.609 EUR entspricht der Mitteilung der Niedersächsischen Versorgungskasse.

Weiterhin wurden unter den sonstigen Vermögensgegenständen negative Verbindlichkeiten (= Forderungen) ausgewiesen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **4.** | **Liquide Mittel** | 249.172,36 | 74.726,75 |

Die Liquiden Mittel setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Sichteinlagen bei Kreditinstituten | 207.529,90 | 83,3 |
| Bargeld | 41.642,46 | 16,7 |
| Summe: | 249.172,36 | 100,0 |

Die **Sichteinlagen bei Kreditinstituten** betreffen Guthaben bei der Raiffeisen-Volksbank eG Wittmund, bei der Sparkasse LeerWittmund, bei der Oldenburgischen Landesbank AG sowie bei der Postbank Hannover. Für die Prüfung der Bewertungsansätze der liquiden Mittel lagen für die Sichteinlagen entsprechende Bankbestätigungen bzw. Kontoauszüge vor.

Der Anstieg der liquiden Mittel gegenüber dem Vorjahr ist durch die verbesserte finanzielle Situation des Landkreises begründet.
Das **Bargeld** betrifft die Handvorschüsse in Höhe von 3.757 EUR sowie das Bargeld in den Kassenautomaten und der Handkasse der Kreiskasse in Höhe von 37.886 EUR.

Die unterschiedlichen Ein- und Auszahlungen der liquiden Mittel im Verlaufe des Jahres werden in der Finanzrechnung (Anlage 6.1.3) dokumentiert. Detaillierte Aussagen über die Finanzrechnung können dem Erläuterungsteil zur Finanzrechnung (Anlage 6.2.5) entnommen werden.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **5.** | **Aktive Rechnungsabgrenzung** | 3.745.708,28 | 2.591.611,44 |

Ausgaben, die vor dem Abschlusstag geleistet wurden und die Aufwand für nachfolgende Jahre darstellen, sind gem. § 49 Abs. 1 GemHKVO als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** auszuweisen. Diese Rechnungsabgrenzungsposten werden, um der Periodengerechtigkeit gerecht zu werden, in den Folgejahren entsprechend aufgelöst. Ein Beispiel hierfür ist die Beamtenbesoldung des Monats Januar, die bereits im Dezember 2012 gezahlt wurde, jedoch Aufwand für Januar 2013 darstellt. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie durch Ende Dezember gezahlte Sozialleistungen für den Monat Januar 2013 begründet. Dies ist durch die Übernahme der Leistungen des Jobcenters als zugelassener kommunaler Träger begründet.
Die Verwaltung weist in dem Jahresabschluss 2012 zurecht darauf hin, dass eine korrekte Rechnungsabgrenzung eine exakte Auswahl der Leistungszeiträume in der Anordnungserfassung voraussetzt. Die anordnenden Fachämter haben insofern darauf zu achten, dass das Leistungsdatum zutreffend angegeben wird.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz**

**zum 31. Dezember 2012**

**PASSIVSEITE**

Die nachfolgende Nummerierung entspricht der Gliederung in der Bilanz gem. § 54 Abs. 4 GemHKVO. Da Positionen ohne Wert in diesem Erläuterungsteil grundsätzlich nicht aufgeführt sind, ist die Nummerierung nicht zwingend fortlaufend.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| 1. | **Nettoposition** | 70.350.601,80 | 65.960.905,81 |

Die **Nettoposition** umfasst gem. § 54 Abs. 4 GemHKVO das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen, das Jahresergebnis und die Sonderposten. Die Nettoposition ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Vermögen und den Schulden und gleicht dem handelsrechtlichen Eigenkapital.

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Basis-Reinvermögen | 10.262.105,11 | 14,6 |
| Rücklagen | 6.678.068,42 | 9,5 |
| Jahresergebnis | 5.021.178,21 | 7,1 |
| Sonderposten | 48.389.250,06 | 68,8 |
| Summe: | 70.350.601,80 | 100,0 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.1** | **Basis-Reinvermögen** | 10.262.105,11 | 6.246.578,53 |

Das **Basis-Reinvermögen** setzt sich aus dem Reinvermögen und dem Soll-Fehlbetrag aus dem kameralem Abschluss des Verwaltungshaushalts zusammen. Das Reinvermögen ergibt sich im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz aus der Differenz des gesamten Vermögens (Aktiva) zu den übrigen Posten des Kapitals (Passiva). Es ist grundsätzlich nicht veränderbar, etwaige Fehlbeträge in den Folgebilanzen können nur unter der Maßgabe des § 110 Abs. 5 S. 4 NKomVG mit dem Basisreinvermögen verrechnet werden. Auch eine Umwandlung der Überschussrücklage in Basisreinvermögen ist gem. § 110 Abs. 7 S. 2 NKomVG nur unter strengen Vorgaben möglich. Des Weiteren erfolgen Berichtigungen der

Eröffnungsbilanz grundsätzlich bei der Nettoposition im Reinvermögen (§ 61 Abs. 2 GemHKVO). Sie können spätestens im vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss vorgenommen werden. Zwischenzeitliche Jahresabschlüsse werden nicht berichtigt.

| | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|
| Reinvermögen | 14.346.367,23 | 14.279.077,41 |
| Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag) | -4.084.262,12 | -8.032.498,88 |
| | 10.262.105,11 | 6.246.578,53 |

Die Veränderung, die sich im Reinvermögen in Höhe von 67.290 EUR ergeben hat, resultiert aus den Berichtigungen der Eröffnungsbilanz (siehe Hauptteil sowie den Erläuterungsteilen zur Aktiv- und Passivseite bei den jeweiligen Bilanzpositionen) i. H. v. 332 EUR und den empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüssen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände i. H. v. 67.622 EUR. Diese sind gem. § 42 Abs. 5 S. 2 GemHKVO auf der Passivseite beim Reinvermögen auszuweisen.
Der verminderte Sollfehlbetrag aus dem kameralen Abschluss des Haushaltsjahres 2010 ergibt sich aus der Verrechnung mit dem Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2011 in Höhe von 3.948.236,76 EUR. Der Beschluss erfolgte in der Kreistagssitzung am 02.06.2016.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **1.2** | **Rücklagen** | 6.678.068,42 | 6.364.269,12 |

| | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|
| Zweckgebundene Rücklagen | 6.678.068,42 | 6.364.269,12 |
| | 6.678.068,42 | 6.364.269,12 |

Die **zweckgebundene Rücklage** beinhaltet überwiegend die geleisteten Einzahlungen des Landkreises und der kreisangehörigen Kommunen in die Kreisschulbaukasse i. H. v. 6.165.152 EUR. Die Kreisschulbaukasse ist eine niedersächsische Besonderheit, die entsprechend den Hinweisen der AG Doppik eine zweckgebundene Vermögensmasse darstellt und im Haushalt des Landkreises als zweckgebundene Rücklage zu buchen ist.
Überwiegend durch die Einstellung von Mitteln für Ersatzmaßnahmen und Ausgleichflächen (erhaltene Mittel bei Eingriffen in die Natur) erhöht sich die Rücklage gegenüber dem Vorjahr um rd. 312.291 EUR.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.3** | **Jahresergebnis** | 5.021.178,21 | 3.948.236,76 |

Das **Jahresergebnis** insgesamt setzt sich aus den ordentlichen und außerordentlichen Erträgen abzüglich der ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen zusammen. Bezüglich weiterer Details wird auf den entsprechenden Erläuterungsteil für die Ergebnisrechnung verwiesen.
Der Landkreis plante im Haushaltsjahr 2012 entsprechend der Haushaltssatzung mit einem Jahresergebnis von 89.100 EUR. Tatsächlich fiel das Jahresergebnis um rd. 4,9 Millionen EUR besser aus. Ursächlich hierfür waren geringere ordentliche Aufwendungen bei den Abschreibungen und insbesondere bei den Transferaufwendungen. Da es sich für den Landkreis Wittmund um das erste Jahr mit einem Jobcenter als zugelassener kommunaler Träger handelte, ist die Abweichung zum Haushaltsplan aufgrund noch nicht vorhandener Erfahrungswerte nachvollziehbar.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.4** | **Sonderposten** | 48.389.250,06 | 49.401.821,40 |

**Sonderposten** werden für Zuwendungen Dritter für die Herstellung bzw. Anschaffung oder für die unentgeltliche Übertragung von abnutzbaren Vermögensgegenständen gebildet.

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Investitionszuweisungen und -zuschüsse | 47.572.553,26 | 98,3 |
| Gebührenausgleich | 268.295,01 | 0,6 |
| erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten | 548.401,79 | 1,1 |
| Summe: | 48.389.250,06 | 100,0 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.4.1** | **Investitionszuweisungen und -zuschüsse** | 47.572.553,26 | 48.612.101,61 |

Die empfangenen **Investitionszuweisungen und –zuschüsse** für abnutzbare Vermögensgegenstände untergliedern sich in zweckgebundene investive Zuwendungen sowie Schlüsselzuweisungen (Allgemeine Investitionszuweisung nach dem NFAG). Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätz-

lich analog zu den Nutzungsdauern der entsprechenden Vermögensgegenstände.
Zugänge bei den Sonderposten für den Straßen- und Radwegebau (z. B. K 40, K 6 und K 14), Sonderposten für den Brückenbau und für die Förderung von Investitionen kleinerer und mittlerer Unternehmen stehen den regelmäßigen Auflösungen der Sonderposten gegenüber.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.4.2** | **Gebührenausgleich** | 268.295,01 | 174.199,89 |

Der **Sonderposten für den Gebührenausgleich** enthält die Gebührenüberschüsse des Jahres 2011 der Abfallwirtschaft in Höhe von 147.113 EUR und die Gebührenüberschüsse der Jahre 2011 und 2012 des Rettungsdienstes in Höhe von 121.182 EUR. Nach § 5 NKAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten drei Jahre in der Kalkulation gebührenmindernd einzusetzen.
Die Verwaltung macht in ihrem Jahresabschluss 2012 deutlich, dass die Jahresabschlüsse der Betriebskostenabrechnungen nicht den Ergebnissen der Produkte in der Ergebnisrechnung entsprechen. Dies ist vor allem dem zeitlichen Rückstand bei der Erstellung des Jahresabschlusses des Landkreises geschuldet, sodass bei Aufstellung der Betriebskostenabrechnung noch nicht sämtliche Kosten bekannt waren.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **1.4.3** | **erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten** | 548.401,79 | 615.519,90 |

Bei den **erhaltenen Anzahlungen auf Sonderposten** werden Anzahlungen für begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen gebucht. Nach Abschluss erfolgt eine Umbuchung auf die Sonderposten "Investitionszuweisungen und -zuschüsse".

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.** | **Schulden** | 37.026.565,73 | 36.727.563,00 |

Die Bewertung der **Schulden** erfolgt gem. § 124 Abs. 4 S. 6 NKomVG i.V.m. § 45 Abs. 8 GemHKVO mit dem Rückzahlungsbetrag. Für die Prüfung der Bewertungsansätze der Schulden des Landkreises Wittmund wurden von der Verwaltung eine Darlehensübersicht und die entsprechenden Bank- und Saldenbestätigungen der Kreditgeber vorgelegt. An dieser Stelle wird auch auf die Schuldenübersicht des Landkreises Wittmund verwiesen.

Übersicht:

| | 31.12.2012 EUR | 31.12.2012 % |
|---|---|---|
| Geldschulden | 29.009.254,95 | 78,3 |
| Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften | 3.424.830,67 | 9,2 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 1.176.619,59 | 3,2 |
| Transferverbindlichkeiten | 1.392.162,26 | 3,8 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 2.023.698,26 | 5,5 |
| Summe Schulden | 37.026.565,73 | 100,00 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.1** | **Geldschulden** | 29.009.254,95 | 33.668.278,14 |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 29.009.254,95 | 26.385.281,24 |
| Liquiditätskredite | 0,00 | 7.282.996,90 |
| | 29.009.254,95 | 33.668.278,14 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.1.1** | **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** | 29.009.254,95 | 26.385.281,24 |

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus der Kreisschulbaukasse zusammen.
Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden insgesamt 4.000.000 EUR an neuen Krediten für Investitionen aufgenommen. Diese wurden aus den Kreditermächtigungen 2010 (in Höhe von 2.725.000 EUR) und 2011 (in Höhe von 2.550.000 EUR) realisiert. Aus der Kreisschulbaukasse erhielt der Landkreis Wittmund einen weiteren Kreditbetrag für die Maßnahme "Umstrukturierung der Schulen in Ganztagsschulen" in Höhe von rd. 246.772 EUR. Der Rahmen der Kreditermächtigung des § 2 der Haushaltssatzung 2012 wurde dabei nicht ausgeschöpft.
Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen wurden mit entsprechenden Bankbestätigungen bzw. Kontoauszügen nachgewiesen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.1.2** | **Liquiditätskredite** | 0,00 | 7.282.996,90 |

Zum Stichtag des Jahresabschlusses 2012 wurden keine Liquiditätskredite beansprucht. Der Festbetragskredit, der in 2011 mit 5.000.000 EUR ausgewiesen war, konnte in 2012 zurückgezahlt werden.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.2** | **Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften** | 3.424.830,67 | 72.893,61 |

Bei den **Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften** handelt es sich um Finanzierungsleasinggeschäfte (z. B. für Geschwindigkeitsmessgeräte) und einen Ratenkaufvertrag zum Ankauf des Verwaltungsgebäudes VI am Dohuser Weg in Höhe von 3.860.000 EUR, der in 2012 abgeschlossen wurde. Die erste Rate in Höhe von 482.500 EUR wurde im Dezember 2012 beglichen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.3** | **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** | 1.176.619,59 | 1.271.472,41 |

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen auf Rechnungen, die dem Jahr 2012 zuzuordnen sind und bis zum Bilanzstichtag noch nicht beglichen werden mussten oder nicht beglichen werden konnten.
Die in den Verbindlichkeiten enthaltenen debitorischen Kreditoren wurden ermittelt und sind auf der Aktivseite unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.4** | **Transferverbindlichkeiten** | 1.392.162,26 | 1.146.156,66 |

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke | 1.127.919,40 | 629.512,21 |
| Soziale Leistungsverbindlichkeiten | 264.167,86 | 516.644,45 |
| Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen | 75,00 | 0,00 |
| | 1.392.162,26 | 1.146.156,66 |

In den **Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** ist die Verlustübernahme für die Krankenhaus Wittmund gGmbH in Höhe von 698.207,46 EUR enthalten. Sie beinhalten weiterhin die Verlustabdeckung von Projekten der Volkshochschule/Musikschule, sowie die Umlagezahlungen gegenüber der Ostfriesischen Landschaft und dem Zweckverband Abfallwirtschaft Friesland/Wittmund.
Die in den **Sozialen Leistungsverbindlichkeiten** enthaltenen debitorischen Kreditoren wurden ermittelt und auf der Aktivseite unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die von der Verwaltung aus mpsNF ermittelten Verbindlichkeiten auf Basis einer "Offenen Posten- Liste" stimmen nicht mit den offenen Posten der Kassenkonten überein. Die Verwaltung hat zugesichert, mit der Erstellung des Jahresabschlusses 2014 die Abweichung zu beheben.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Die Abweichungen, die sich aus der unterschiedlichen Ermittlung der offenen Posten ergeben, sind zu klären.

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **2.5** | **Sonstige Verbindlichkeiten** | 2.023.698,26 | 568.762,18 |

| | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Durchlaufende Posten | 1.127.139,98 | 354.682,90 |
| Andere sonstige Verbindlichkeiten | 896.558,28 | 214.079,28 |
| | 2.023.698,26 | 568.762,18 |

**Durchlaufende Posten** sind gem. § 59 Nr. 14 GemHKVO Beträge, die für einen Dritten lediglich angenommen oder ausgezahlt werden (z. B. die abzuführende Lohnsteuer). Die Erhöhung der durchlaufenden Posten ist im Wesentlichen auf eine Fehlüberweisung der ersten Kaufpreisrate des Verwaltungsgebäudes VI und Zahlungen aus der Übernahme des Jobcenters, die noch ungeklärt waren bzw. für die noch keine Forderungen eingebucht waren, zurückzuführen.

**Andere sonstige Verbindlichkeiten** beinhalten hier u. a. die zahlungsunwirksamen Verbindlichkeiten aus Altersteilzeitrückstellungen gegenüber der Volkshochschule/Musikschule der Landkreise Friesland und Wittmund in Höhe von rd. 75.596 EUR und die zahlungsunwirksamen Pensionsrückstellungen gegenüber dem Zweckverband Veterinäramt Jade Weser in Höhe von rd. 197.207 EUR.
Des Weiteren wird in dieser Position eine Korrektur von negativen Schwebeposten in Höhe von 50.203,96 EUR ausgewiesen. In den zur Prüfung vorgelegten Unterlagen weist der Tagesabschluss keine Schwebeposten auf, dagegen sind im Beleg der Kasse Schwebeposten in abweichender Höhe aufgeführt. Die Verwaltung hat zugesichert, die Problematik zu klären.
Ebenfalls unter dieser Position sind Korrekturen für negative Forderungen, die als sonstige Verbindlichkeiten auszuweisen sind, in Höhe von 573.551 EUR enthalten. Hierzu gehören überwiegend die Rückzahlung von Sozialhilfe (Quotales System) mit 434.164 EUR und Überzahlungen des Bundes für Leistungen nach dem SGB II in Höhe von 124.864 EUR.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **3.** | **Rückstellungen** | 28.363.584,75 | 27.718.998,90 |

Nach § 123 Abs. 2 NKomVG bildet die Kommune **Rückstellungen** für Verpflichtungen, die dem Grunde nach zu erwarten sind, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch ungewiss sind. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt gem. §§ 123 Abs. 2, 124 Abs. 4 S. 6 NKomVG i.V.m. § 43 GemHKVO. Demnach werden Rückstellungen gem. § 124 Abs. 4 S. 6 NKomVG in der Höhe angesetzt, die nach sachgerechter Beurteilung bzw. gem. § 43 Abs. 2 GemHKVO nach vernünftiger Beurteilung zur Erfüllung der Leistungsverpflichtung notwendig ist. Sie dürfen nur insoweit abgezinst werden, als die ihnen zugrunde liegenden Verpflichtungen einen Zinsanteil enthalten. Rückstellungen werden nach § 43 Abs. 5 GemHKVO aufgelöst, soweit der Grund für ihre Bildung entfallen ist.

Übersicht:

| | 31.12.2012<br>EUR | 31.12.2012<br>% |
|---|---|---|
| Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 25.950.989,00 | 91,5 |
| Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen | 1.881.075,43 | 6,6 |
| Andere Rückstellungen | 531.520,32 | 1,9 |
| Summe Rückstellungen | 28.363.584,75 | 100,00 |

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.1** | **Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen** | 25.950.989,00 | 25.393.921,00 |

**Pensionsrückstellungen** stellen ungewisse Verbindlichkeiten dar. Beamte erwerben -beginnend mit dem Zeitpunkt des Diensteintritts- während ihrer Dienstzeit Versorgungsanwartschaften (Versorgungs- und Beihilfeansprüche mit Eintritt in den Ruhestand) gegenüber ihrem Dienstherrn. Nach dem Grundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit muss in der aktiven Beschäftigungszeit der Beamten der Aufwand für die zukünftigen Pensionszahlungen gebucht und der Pensionsrückstellung zugeführt werden. Die Berechnung der Ansprüche jedes einzelnen Bediensteten im Beamtenverhältnis erfolgte durch die Niedersächsische Versorgungskasse Hannover und wurde dem Landkreis Wittmund per Dokument bescheinigt. Die Versorgungskasse teilte mit, dass die Pensionsrückstellung nach § 43 Abs. 1 und Abs. 3 GemHKVO berechnet wurde.
Die Höhe der Beihilfen als **ähnliche Verpflichtung** wird prozentual auf Basis der Versorgungsrückstellungen ermittelt. Im Berichtsjahr 2012 betrug der Prozentsatz 13,5 % (Vorjahr: 12,8 %).

| | | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|
| **3.2** | **Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen** | 1.881.075,43 | 1.812.342,00 |

| Zusammensetzung | 31.12.2012 EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|
| Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub | 752.546,60 | 626.917,00 |
| Rückstellung für geleistete Überstunden | 544.552,37 | 501.757,00 |
| Rückstellungen für die Inanspruchnahmen von Altersteilzeit | 583.976,46 | 683.668,00 |
| Summe Rückstellungen für Alterszeitarbeit und ähnliche Maßnahmen | 1.881.075,43 | 1.812.342,00 |

**Rückstellungen für geleistete Überstunden und nicht genommenen Urlaub** gehören zu den ungewissen Verbindlichkeiten und beinhalten eine Verpflichtung gegenüber einem Dritten (Arbeitnehmer). Für jedes Haushaltsjahr steht den Bediensteten ein Jahresurlaub zu. Dieser Anspruch stellt für die Kommune einen Aufwand für das laufende Jahr dar. Wird dieser Anspruch (teilweise) in das Folgejahr übertragen, ist zum Ende des laufenden Jahres eine Rückstellung zu bilden, denn die Arbeitsleistung ist bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr erbracht worden. Auch die im abgelaufenen Haushaltsjahr geleisteten Überstunden stellen Aufwand dar, der dem (alten) Verursachungsjahr zuzuordnen ist. Ist der Ausgleich erst im Folgejahr möglich, müssen nach Klarstellung der AG-Doppik auch hierfür Rückstellungen gebildet werden, obwohl diese nicht ausdrücklich in § 43 GemHKVO aufgezählt sind.

Der Anstieg der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen im Vergleich zum Vorjahr ist begründet durch die erhöhte Anzahl der Mitarbeiter.

**Rückstellungen für Altersteilzeit** sind für Zeiten der Freistellung von Mitarbeitern für deren Lohn- und Gehaltszahlungen zu bilden. Sämtliche Altersteilzeitverträge mit Mitarbeitern des Landkreises Wittmund sind im Blockmodell ausgestaltet worden. Die Rückstellungen werden während der Arbeitsphase aufgebaut.
Am Ende der Altersteilzeit wird ein Einmalbetrag als Ausgleich für die infolge der Altersteilzeitvereinbarung geminderte Rente gezahlt. Hierfür ist eine Rückstellung bis zum Ende der Beschäftigungsphase ratierlich anzusammeln. Der Bemerkung des Rechnungsprüfungsamtes im Jahresabschluss 2011 folgend wurde im Jahresabschluss 2012 eine Rückstellung gebildet.

Gem. § 43 Abs. 1 Nr. 7 GemHKVO sind **Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängige Gerichtsverfahren** zu bilden, wenn eine Inanspruchnahme der Kommune zu erwarten ist. Bisher wurden vom Landkreis Wittmund keine Rückstellungen in diesem Bereich gebildet. Es wird empfohlen, bei Erstellung künftiger Jahresabschlüsse in den Fachämtern zu prüfen, ob für anhängige Gerichtsverfahren Rückstellungen zu bilden sind.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **3.3** | **Andere Rückstellungen** | 531.520,32 | 512.735,90 |

In der Bilanz des Landkreises Wittmund sind u. a. Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wie z.B. für Jubiläumszahlungen, für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) nach dem TVöD und für die Prüfungskosten der Eröffnungsbilanz durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angesetzt worden.
Bei Aufstellung der Eröffnungsbilanz wurde die Rückstellung für die Eröffnungsbilanzprüfung i. H. v. 35.000 EUR zurecht gebildet, da die Höhe der Prüfungskosten ungewiss war und somit die konkrete Verbindlichkeit nicht beziffert werden konnte. Bei Erstellung des Jahresabschlusses 2011 war die genaue Höhe durch die vorliegende Rechnung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft allerdings bekannt. Daher hatte das Rechnungsprüfungsamt bereits im letzten Prüfbericht angemerkt, dass gem. den Bewertungsregeln zu § 44 Abs. 4 GemHKVO zum Bilanzstichtag keine Rückstellung, sondern eine Verbindlichkeit aus Lieferung und Leistung auszuweisen ist.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Die Prüfungskosten der Eröffnungsbilanz hätten als Verbindlichkeit aus Lieferung und Leistung ausgewiesen werden müssen.

| | | 31.12.2012<br>EUR | Vorjahr<br>EUR |
|---|---|---|---|
| **4.** | **Passive Rechnungsabgrenzung** | 973.108,86 | 51.847,92 |

Einnahmen, die vor dem Abschlussstichtag eingegangen sind und Erträge für nachfolgende Jahre darstellen, sind gem. § 49 Abs. 3 GemHKVO als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** auszuweisen. Diese Rechnungsabgrenzungsposten werden, um die Periodengerechtigkeit zu gewährleisten, in den Folgejahren entsprechend aufgelöst.
Wesentlicher Bestandteil der Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist die Vorauszahlung des Bundes für die Leistungen nach dem SGB II in Höhe von rd. 873.307 EUR.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2012**

Die Nummerierung der nachfolgenden Positionen richtet sich nach der Ergebnisrechnung (Anlage 6.1.2). Angaben erfolgen in EUR.
Die Werte in den Spalten "fortgeschriebener Ansatz" umfassen die Daten des Haushaltsplans sowie die bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **1** | **Steuern und ähnliche Abgaben** | 741.900,00 | 741.900,00 | 746.540,74 | 633.971,79 |

Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich aus der Jagdsteuer in Höhe von 23.321 EUR sowie aus Ausgleichsleistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Höhe von 723.220 EUR zusammen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **2** | **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** | 61.748.900,00 | 61.748.900,00 | 59.216.481,71 | 53.044.965,58 |

Im Jahr 2012 wurden bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** neben der Kreisumlage in Höhe von 22.572.612 EUR insbesondere Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 14.060.024 EUR erzielt. Durch die Übernahme des Jobcenters zum 01. Januar 2012 erzielt der Landkreis nunmehr Erträge für die aufgewandten Unterkunfts- und Heizkosten von Arbeitsuchenden durch die prozentuale Beteiligung des Bundes in Höhe von 16.810.691 EUR. Des Weiteren werden Erträge aus Zuweisungen des Landes für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises in Höhe von 1.881.520 EUR abgebildet. Die Erträge im Rahmen der Erstattung von Sozialhilfeleistungen durch das Land (Quotales System) werden im Jahresabschluss 2012 korrekt bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen ausgewiesen.

In den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** sind Erstattungen des Landes für geleistete Zahlungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in Höhe von rd. 347.000 EUR enthalten. Für geleistete Zahlungen nach dem UVG werden gem. § 8 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen (Nds. Finanzverteilungsgesetz - NFVG) vom Land 80 % erstattet. Im Jahr 2012 wurden rd. 577.000 EUR nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gezahlt. Somit müssten rd. 461.600 EUR (= 80 %) vom Land erstattet werden. Tatsächlich werden von diesen Erstattungen jedoch antei-

lig erhaltene Unterhaltszahlungen bereits abgezogen, die gem. § 8 Abs. 2 NFVG im Rahmen des UVG an das Land abzuführen wären. Somit werden die Erträge und Aufwendungen miteinander verrechnet. Eine Ausnahme gem. § 27 GemHKVO liegt nicht vor, sodass eine Verrechnung dieser Erstattung mit dem zu zahlenden Betrag nicht zulässig ist.

⇒ **Prüfungsbemerkung**
Das Bruttoprinzip ist zu beachten.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **3** | **Auflösungserträge aus Sonderposten** | 2.337.500,00 | 2.337.500,00 | 2.495.591,10 | 2.403.215,77 |

Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden gem. § 42 Abs. 5 GemHKVO als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **4** | **Sonstige Transfererträge** | 2.594.800,00 | 2.594.800,00 | 3.144.760,04 | 2.938.652,21 |

Als **sonstige Transfererträge** werden alle Kostenerstattungen (inkl. übergegangener Unterhaltsansprüche, Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Ersatzleistungen) ausgewiesen, die in den Sozialleistungsgesetzen vorgesehen sind, soweit sie den vollen oder teilweisen Ersatz einer sozialen Leistung darstellen. Hierunter ist auch die Rückzahlung darlehensweiser gewährter Hilfen auszuweisen.

Die sonstigen Transfererträge setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Kostenbeiträge und Kostenersatz | 448.630,55 € |
| Übergegangene bzw. übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtliche Unterhaltsverpflichtete | 372.777,21 € |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 1.017.442,38 € |
| Sonstige Ersatzleistungen | 713.545,28 € |
| Rückzahlung gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen von Darlehen) | 592.364,62 € |
| Summe: | 3.144.760,04 € |

Die Bearbeitung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) erfolgt mit dem Programm Info51. Die gezahlten Leistungen sind grundsätzlich von den Unterhaltsverpflichteten zu erstatten. Der Nachweis der gezahlten und der zu zahlenden Verpflichtungen erfolgt in Info51. Das Programm Info51 ist nicht in der Lage, Forderungshöhen für einen zurückliegenden Zeipunkt oder für einen gewissen Zeitraum auszuweisen.
Das Rechnungsprüfungsamt ist im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2011 ausführlich auf die Problematik bei Ermittlung und Einbuchung der Forderungen eingegangen. Erst durch die in 2017 eingerichtete Schnittstelle zwischen Info51 und dem Finanzprogramm mpsNF müsste zukünftig eine genaue Verbuchung der Erträge aus Forderungen von Unterhaltsansprüchen gewährleistet sein. Für die zurückliegenden Jahre besteht die o. g. Problematik weiterhin.
Insbesondere ist zu beachten, dass entstandene Forderungen vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz nicht aufgenommen wurden. Es wurde unterstellt, dass diese Forderungen nicht mehr realisiert werden können, sodass sie vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz wertberichtigt wurden. Demnach sind eingehende Zahlungen für Forderungen, welche vor dem 01.01.2011 entstanden sind, als "Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen" zu buchen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **5** | **Öffentlich-rechtliche Entgelte** | 10.662.000,00 | 10.662.000,00 | 11.025.557,14 | 10.560.445,01 |

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** gliedern sich wie folgt auf:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Verwaltungsgebühren | 2.091.300,00 | 2.091.300,00 | 2.308.357,95 | 2.018.533,21 |
| Benutzungsgebühren | 8.570.700,00 | 8.570.700,00 | 8.717.199,19 | 8.344.850,87 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten Gebührenausgleich | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 197.060,93 |
| | 10.662.000,00 | 10.662.000,00 | 11.025.557,14 | 10.560.445,01 |

Die Verwaltungsgebühren entstehen in verschiedenen Bereichen der Kreisverwaltung. Insbesondere sind hier das Bau- und das Ordnungsamt zu nennen. Die Benutzungsgebühren wurden zum Großteil in den Bereichen des Rettungsdienstes sowie bei der Abfallwirtschaft erzielt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **6** | **Privatrechtliche Entgelte** | 516.500,00 | 516.500,00 | 610.664,68 | 1.110.349,73 |

Der Landkreis Wittmund weist unter den **privatrechtlichen Entgelten** folgende Ertragsarten aus:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Miete und Pachten | 370.900,00 | 370.900,00 | 384.202,06 | 378.216,88 |
| Verkaufserlöse | 37.300,00 | 37.300,00 | 27.490,54 | 22.722,80 |
| Sonstige privatrechtliche Entgelte | 108.300,00 | 108.300,00 | 198.972,08 | 709.410,05 |
| | 516.500,00 | 516.500,00 | 610.664,68 | 1.110.349,73 |

In den Mieten und Pachten sind neben Büros für andere öffentlich-rechtliche Körperschaften bzw. Firmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, hauptsächlich die Mieten des Ärztehauses in Höhe von rd. 178.144 EUR enthalten.
In den sonstigen privatrechtlichen Entgelten waren im Vorjahr rd. 506.000 EUR an Erträgen des Rettungsdienstes enthalten. Diese werden im Jahr 2012 einheitlich unter den öffentlich-rechtlichen Entgelten ausgewiesen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **7** | **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** | 10.901.400,00 | 10.901.400,00 | 11.707.761,62 | 2.118.728,52 |

Durch den nunmehr korrekten Ausweis der Erträge im Rahmen der Erstattung von Sozialhilfeleistungen durch das Land (Quotales System) hier bei dieser Position erhält der Landkreis Wittmund den Großteil der **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** (rd. 10.820.000 EUR) vom Land. Von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden wurden insgesamt 556.525 EUR erstattet.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **8** | **Zinsen und ähnliche Finanzerträge** | 495.000,00 | 495.000,00 | 512.529,64 | 505.549,25 |

Die **Zinsen und ähnlichen Finanzerträge** ergeben sich insbesondere aus den Gewinnanteilen in Höhe von rd. 484.000 EUR der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Zudem wurden Zinserträge aus der Versorgungsrücklage in Höhe von rd. 13.130 EUR erzielt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **11** | **Sonstige ordentliche Erträge** | 1.699.900,00 | 1.699.900,00 | 1.851.797,80 | 1.569.952,01 |

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Bußgelder | 496.300,00 | 496.300,00 | 501.786,53 | 552.981,1 |
| Verwarngelder | 361.000,00 | 361.000,00 | 320.456,85 | 377.069,5 |
| Säumniszuschläge | 31.000,00 | 31.000,00 | 37.219,76 | 34.555,6 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 811.500,00 | 811.500,00 | 890.064,58 | 574.988,3 |
| Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen | 0,00 | 0,00 | 76.924,08 | 13.372,5 |
| Sonstige ordentliche Erträge | 100,00 | 100,00 | 25.346,00 | 16.985,0 |
| | 1.699.900,00 | 1.699.900,00 | 1.851.797,80 | 1.569.952,00 |

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **12** | **Summe ordentliche Erträge** | 91.697.900,00 | 91.697.900,00 | 91.311.684,47 | 74.885.829,87 |

Die Ergebnisrechnung des Landkreises weist in der **Summe der ordentlichen Erträge** 386.216 EUR weniger aus als im Haushaltsplan für das Jahr 2012 veranschlagt. Dieses entspricht einer Minderung um 0,42%.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **13** | **Aufwendungen für aktives Personal** | 16.688.700,00 | 17.287.551,55 | 16.856.095,17 | 14.526.514,93 |

Die **Aufwendungen für aktives Personal** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| a) Bezüge der Beamten, Entgelte der tariflich Beschäftigten, Aufwendungen für sonst. Beschäftigte | 11.979.800,00 | 11.979.800,00 | 11.715.526,92 | 9.811.583,88 |
| b) Beitr. zur Versorgungskasse | 1.749.900,00 | 1.749.900,00 | 1.698.819,79 | 1.564.563,23 |
| c) Beitr. zur gesetz. Sozialversicherung | 1.999.500,00 | 1.999.500,00 | 1.906.232,73 | 1.572.871,60 |
| d) Beihilfen u. Unterstützungsleistungen für Beamte | 172.800,00 | 172.800,00 | 167.707,72 | 142.720,91 |
| e) Zuführungen zu Pensionsrückstellungen | 626.200,00 | 699.416,00 | 699.416,00 | 809.024,00 |
| f) Zuführungen zu Beihilferückstellungen | 84.300,00 | 182.205,00 | 182.205,00 | 171.733,00 |
| g) Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen | 76.200,00 | 503.930,55 | 486.187,01 | 454.018,31 |
| | 16.688.700,00 | 17.287.551,55 | 16.856.095,17 | 14.526.514,93 |

Der Anstieg der Personalaufwendungen liegt in den Neueinstellungen vor allem im Bereich des Jobcenters begründet.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **14** | **Aufwendungen für Versorgung** | 160.400,00 | 698.325,00 | 306.017,16 | 259.659,00 |

Die **Aufwendungen für Versorgung** betreffen mit rd. 157.959 EUR die Beihilfen und Unterstützungsleistungen für die Versorgungsempfänger. Weitere Aufwendungen in Höhe von rd. 41.104 EUR wurden für die Zuführung zu der Beihilferückstellung sowie rd. 106.954 EUR für die Zuführung zu der Pensionsrückstellung für Versorungsempfänger aufgewendet.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **15** | **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** | 6.391.000,00 | 6.473.651,87 | 5.751.928,23 | 5.348.546,07 |

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 1.954.400,00 | 1.954.400,00 | 1.835.481,25 | 1.775.335,24 |
| Unterhaltung des beweglichen Vermögens und Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände | 431.800,00 | 434.874,93 | 342.697,53 | 440.561,36 |
| Mieten und Pachten | 428.300,00 | 447.800,00 | 383.863,33 | 320.182,43 |
| Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen | 1.572.400,00 | 1.577.125,92 | 1.574.152,44 | 1.468.448,83 |
| Haltung von Fahrzeugen | 186.700,00 | 186.700,00 | 175.387,63 | 161.812,15 |
| Besondere Aufwendungen für Beschäftigte | 228.400,00 | 243.976,02 | 227.802,67 | 142.621,96 |
| Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen | 404.200,00 | 405.471,27 | 282.163,80 | 358.367,33 |
| Verbrauch von Vorräten | 30.000,00 | 30.000,00 | 17.227,05 | 28.704,83 |
| Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen | 1.154.800,00 | 1.193.303,73 | 913.152,53 | 652.511,94 |
| | 6.391.000,00 | 6.473.651,87 | 5.751.928,23 | 5.348.546,07 |

Die Mieten und Pachten erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr durch Mieten für das Jobcenter. Die Jahresmiete für das Jobcenter wurde anteilig für die Monate Januar bis Oktober berechnet. Im November erfolgte der Kauf des Gebäudes Dohuser Weg.

Im Bereich der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurden teilweise Buchungen auf Aufwandskonten vorgenommen, die den Vorgaben der Zuordnungsvorschriften zum Kontenrahmen nicht entsprechen. Des Weiteren wurden Negativbuchungen auf Aufwandskonten festgestellt, welche als Ertrag hätten verbucht werden müssen.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Es liegen Ausweisfehler bei der Kontenzuordnung vor. Das Bruttoprinzip ist zu beachten.

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| **16 Abschreibungen** | 5.579.800,00 | 5.579.800,00 | 5.094.778,03 | 4.549.428,29 |

Bei Vermögensgegenständen des immateriellen Vermögens und des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden gem § 47 Abs. 1 GemHKVO die Anschaffungs- oder Herstellungswerte um planmäßige **Abschreibungen** vermindert. Bei Vermögensgegenständen, die nicht hierunter fallen, wie z.B. Forderungen, werden Abschreibungen bis auf den Wert eines Börsen- oder Marktpreises am Abschlusstag vorgenommen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 1.481.600,00 | 1.481.600,00 | 1.657.953,00 | 1.526.985,17 |
| Abschreibungen auf Sachvermögen: | | | | |
| Abschreibungen auf Gebäude | 746.200,00 | 746.200,00 | 879.952,72 | 859.439,28 |
| Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen | 2.756.900,00 | 2.756.900,00 | 1.441.845,81 | 1.427.693,57 |
| Abschreibungen auf Maschinen und technische Anlagen | 41.800,00 | 41.800,00 | 33.782,65 | 24.356,86 |
| Abschreibungen auf Fahrzeuge | 43.600,00 | 43.600,00 | 75.100,23 | 42.501,16 |
| Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung | 325.300,00 | 325.300,00 | 404.162,37 | 382.366,99 |
| Auflösung Sammelposten | 134.400,00 | 134.400,00 | 116.681,32 | 58.020,16 |
| Abschreibungen auf Finanzvermögen | 50.000,00 | 50.000,00 | 485.299,93 | 228.065,10 |
| | 5.579.800,00 | 5.579.800,00 | 5.094.778,03 | 4.549.428,29 |

Die Abschreibungen auf Finanzvermögen ergeben sich lediglich aus den Abschreibungen aus Forderungen. Diese Gesamtaufwendungen setzen sich u. a. aus Einzelwertberichtigungen in Höhe von 6.322 EUR sowie pauschalen Wertberichtigungen in Höhe von 451.693 EUR zusammen. Zu der Vorgehensweise bei den Pauschalwertberichtigungen wird im Erläuterungsteil Aktiva unter der Bilanzposition "Forderungen" Stellung genommen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **17** | **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** | 1.170.000,00 | 1.170.000,00 | 966.002,87 | 1.111.453,62 |

**Zinsen und ähnliche Aufwendungen** umfassen die Zinsen für Investitions- sowie für Liquiditätskredite. Zudem werden unter dieser Position z.B. Kreditbeschaffungskosten sowie die Verzinsung von Steuererstattungen ausgewiesen.

Hauptbestandteil dieser Position sind Zinsaufwendungen an Kreditinstitute für in der Bilanz nachgewiesene Verbindlichkeiten für kreditähnliche Geschäfte in Höhe von rd. 928.000 EUR. Des Weiteren hat der Landkreis im Jahr 2012 Zinsen für Liquidtätskredite in Höhe von 37.866 EUR aufgewendet. Da in 2012 die Kassenkredite stark vermindert werden konnten, fällt die Zinsbelastung entsprechend niedriger aus als im Vorjahr.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **18** | **Transferaufwendungen** | 51.759.700,00 | 51.877.052,95 | 48.902.701,66 | 28.499.578,86 |

Die **Transferaufwendungen** umfassen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke in Höhe von 6.747.120 EUR, Schuldendiensthilfen in Höhe von 192.702 EUR, Sozialtransferaufwendungen in Höhe von 41.769.944 EUR sowie allgemeine Umlagen in Höhe von 192.936 EUR.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke beinhalten mit rd. 2,7 Mio EUR die Umlage an den Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Friesland/Wittmund. Weiterhin ist eine Umlage an den Zweckverband Veterinäramt JadeWeser mit rd. 601.000 EUR enthalten. Aufwendungen für Tageseinrichtungen für Kinder wurden im Prüfungsjahr in Höhe von rd. 504.000 EUR berücksichtigt. Für die Volkshochschule und Musikschule Friesland-Wittmund gGmbH wurde im Jahr 2012 eine Trägerpauschale in Höhe von rd. 631.000 EUR erbracht und als Verlustabdeckung des Krankenhauses Wittmund wurden im Prüfungsjahr rd. 698.000 EUR aufgewendet.

Die **Sozialtransferaufwendungen** lassen sich wie folgt aufteilen:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen | 6.471.306,11 | 7.714.483,80 |
| Soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen | 14.275.469,90 | 13.920.914,85 |
| Sonstige soziale Leistungen | 21.023.167,61 | 265.825,80 |
| Summe: | 41.769.943,62 | 21.901.224,45 |

Die sozialen Leistungen an natürliche Personen **außerhalb** von Einrichtungen wurden insbesondere für folgende Bereiche erbracht:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII) | 1.989.806,23 | 1.905.830,22 |
| Hilfen zur Erziehung | 1.525.448,05 | 1.362.632,43 |
| Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kap. SGB XII) | 1.426.670,26 | 1.558.454,03 |

Für natürliche Personen **innerhalb** von Einrichtungen wurden hauptsächlich soziale Leistungen aus folgenden Bereichen aufgewendet:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kap. SGB XII) | 9.951.988,50 | 9.498.012,54 |
| Hilfen zur Erziehung | 1.563.224,81 | 1.416.483,03 |
| Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII) | 1.385.130,13 | 1.456.333,58 |
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII) | 830.252,47 | 793.544,45 |

Die **sonstigen** sozialen Leistungen teilen sich im Wesentlichen folgendermaßen auf:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Arbeitslosengeld II | 10.437.977,91 | - |
| Leistungen für Unterkunft und Heizung (kommunalfinanziert) | 7.014.529,27 | - |
| Eingliederungsleistungen | 1.614.277,72 | - |
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz | 697.830,76 | 600.573,47 |
| Unterhaltsvorschussleistungen | 576.670,00 | 619.897,87 |

Durch die Übernahme des Jobcenters fallen im Haushaltsjahr 2012 soziale Hilfen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende wie das Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung und Eingliederungsleistungen an. Diese werden hier unter den sonstigen sozialen Leistungen dargestellt.
Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Unterhaltsvorschussleistungen wurden im Jahr 2011 noch unter den Sozialen Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen ausgewiesen. Sie wurden aus statistischen Gründen umgegliedert.

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| **19 Sonstige ordentliche Aufwendungen** | 9.948.700,00 | 10.014.966,12 | 9.471.297,79 | 17.316.455,24 |

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

| | 2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen | 66.334,73 | 61.247,88 |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 6.388.157,67 | 6.131.605,83 |
| Geschäftsaufwendungen | 712.161,14 | 578.677,70 |
| Steuern, Versicherungen, Schadensfälle | 344.507,42 | 314.032,34 |
| Erstattung für die Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.842.307,86 | 2.583.634,43 |
| Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung von den Gemeinden | 23.733,85 | 7.647.257,06 |
| Abführung Gebührenausgl. Rettungsdienst | 94.095,12 | 0,00 |

Mit Übernahme des Jobcenters 2012 reduzieren sich die "Erstattung für die Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit" und die " Aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen von den Gemeinden". Im Gegenzug werden die Leistungen, die vom Jobcenter erbracht werden, erstmals unter den sonstigen sozialen Leistungen ausgewiesen.

Nach dem verbindlichen Kontenrahmen für das Haushaltsjahr 2012 sind auf dem Konto 4451 Aufwendungen auszuweisen, welche an das Land aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu erstatten sind. Nach § 8 Abs. 2 des Niedersächsichen Gesetzes zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen (NFVG) sind 1/3 der eingezogenen Unterhaltsbeträge gem. § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) von der Kommune an das Land abzuführen. Eine entsprechene Berechnung wird für die eingezahlten Beträge durchgeführt. Im Jahr 2012 sind Einzahlungen in Höhe von rd. 203.000 EUR erfolgt, wovon 75.898 EUR (lt. Ausweis in den Bescheiden) weiterzuleiten wären. Dieser Betrag wird jedoch mit dem vom Land gem. § 8 Abs. 1 NFVG zu erstattenden Betrag verrechnet. Eine Ausnahme gem. § 27 GemHKVO liegt nicht vor, sodass eine Verrechnung dieser Erstattung mit dem zu zahlenden Betrag nicht zulässig ist.

⇒ **Prüfungsbemerkung:**
Das Bruttoprinzip ist einzuhalten.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **20** | **Summe ordentliche Aufwendungen** | 91.698.300,00 | 93.101.347,49 | 87.348.820,91 | 71.611.636,01 |

Die Ergebnisrechnung des Landkreises weist in der **Summe der ordentlichen Aufwendungen** 4.349.479 EUR weniger aus, als ursprünglich im Haushaltsplan für das Jahr 2012 veranschlagt war. Dieses entspricht einer Minderung von 4,98%.
Dennoch wurden in diesem Haushaltsjahr über- und außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.403.047 EUR bewilligt. Hauptsächlich beruhen diese in Höhe von rd. 1.136.000 EUR auf der Zuführung zu Rückstellungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **21** | **Ordentliches Ergebnis** | -400,00 | -1.403.447,49 | 3.962.863,56 | 3.274.193,86 |

Das **ordentliche Ergebnis** ergibt sich aus der Summe der ordentlichen Erträge abzüglich der Summe der ordentlichen Aufwendungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **22** | **Außerordentliche Erträge** | 54.800,00 | 54.800,00 | 1.078.640,62 | 674.042,90 |

**Außerordentliche Erträge** umfassen gem § 59 Nr. 6 GemHKVO ungewöhnliche, selten vorkommende oder periodenfremde Erträge, insbesondere Erträge aus Vermögensveräußerung und aus der Herabsetzung von Schulden und Rückstellungen. Abgaben, abgabeähnliche Entgelte und allgemeine Zuweisungen fallen nicht darunter.

Der größte Anteil im Jahr 2012 mit fast 976.000 EUR entsteht durch periodenfremde Erträge aus dem Bereich der Bundesagentur für Arbeit.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **23** | **Außerordentliche Aufwendungen** | 0,00 | 0,00 | 20.325,97 | 0,00 |

**Außerordentliche Aufwendungen** umfassen gem § 59 Nr. 6 GemHKVO ungewöhnliche, selten vorkommende oder periodenfremde Aufwendungen. Nicht darunter fallen außerplanmäßige Abschreibungen wegen unterlassener Instandhaltung und Rückzahlungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **24** | **Außerordentliches Ergebnis** | 54.800,00 | 54.800,00 | 1.058.314,65 | 674.042,90 |

Das **außerordentliche Ergebnis** ergibt sich aus der Summe der außerordentlichen Erträge abzüglich der Summe der außerordentlichen Aufwendungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **25** | **Jahresergebnis** | 54.400,00 | 1.348.647,49 | 5.021.178,21 | 3.948.236,76 |

Das **Jahresergebnis** ergibt sich aus der Addition des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses.

**Interne Leistungsverrechnung**
In der Ergebnisrechnung werden die Konten der internen Leistungsverrechnung nicht aufgeführt. Nach § 4 Abs. 4 Satz 3 GemHKVO sind sie jedoch in den Teilhaushalten zu beplanen und bebuchen. Die Konten der internen Leistungsverrechnung werden daher hier im Nachgang zur Ergebnisrechnung dargestellt. Die Erträge und Aufwendungen der internen Leistungsverrechnung haben sich in Planung und Ergebnis insgesamt auszugleichen (§ 15 Abs. 3 GemHKVO).

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| **Erträge der internen Leistungsverrechnung** | 592.000,00 | 592.000,00 | 545.744,34 | 304.594,32 |

Die **Erträge der internen Leistungsverrechnung** werden hauptsächlich in den Produkten der Querschnittsämter und im Ordnungsamt erzielt.

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| **Aufwendungen der internen Leistungsverrechnung** | 592.000,00 | 594.200,00 | 545.744,34 | 304.594,32 |

Die **Aufwendungen der internen Leistungsverrechnung** werden hauptsächlich im Rettungsdienst sowie Jobcenter gebucht.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Finanzrechnung**

**zum 31. Dezember 2012**

Die Nummerierung der nachfolgenden Positionen richtet sich nach der Finanzrechnung (Anlage 6.1.3). Angaben erfolgen in EUR.

Die Werte in den Spalten "fortgeschriebener Ansatz" umfassen die Daten des Haushaltsplans, ggf. des Nachtragshaushaltsplans sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen.

## Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **1** | **Steuern und ähnliche Abgaben** | 741.900,00 | 741.900,00 | 741.837,35 | 638.649,86 |

Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich hauptsächlich aus Einzahlungen des Landes für die Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in Höhe von rd. 723.000 EUR sowie aus Einzahlungen der Jagdsteuer in Höhe von rd. 19.000 EUR zusammen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **2** | **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** | 61.748.900,00 | 61.748.900,00 | 59.951.873,50 | 53.037.801,72 |

Die in der Finanzrechnung ausgewiesenen Einzahlungen aus **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Schlüsselzuweisungen | 13.650.000,00 | 13.650.000,00 | 14.060.024,00 | 12.513.088,00 |
| Sonstige allgemeine Umlagen | 2.505.000,00 | 2.505.000,00 | 2.507.042,67 | 2.429.551,32 |
| Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke | 3.364.100,00 | 3.364.100,00 | 3.584.294,40 | 13.691.602,83 |
| Allgemeine Umlage | 22.650.000,00 | 22.650.000,00 | 22.572.612,00 | 21.836.492,00 |
| Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung | 19.579.800,00 | 19.579.800,00 | 17.227.900,43 | 2.567.067,57 |
| | 61.748.900,00 | 61.748.900,00 | 59.951.873,50 | 53.037.801,72 |

Als **allgemeine Umlage** wurde die im Jahr 2012 eingezahlte Kreisumlage ausgewiesen. Unter **Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke** wurden im Vojahr die Erstattungen des Landes im Rahmen des Quotalen Systems gebucht. Entsprechend der Prüfungsbemerkung aus dem Jahr 2011 werden diese im Jahresabschluss 2012 unter Kostenerstattungen und Kostenumlagen dargestellt.

Durch die Übernahme des Jobcenters zum 01. Januar 2012 erhielt der Landkreis

Einzahlungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe von 17.049.036 EUR. Für eine vorzeitige Zahlung des ALG II für Januar 2013 in Höhe von rd. 873.307 EUR wurde ein Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **3** | **Sonstige Transfereinzahlungen** | 2.594.800,00 | 2.594.800,00 | 3.149.498,09 | 2.366.455,99 |

Die **sonstigen Transfereinzahlungen** setzen sich aus den Einzahlungen als Kostenersatz für soziale Leistungen zusammen. Als Ersatz für soziale Leistungen außerhalb von Einrichtungen wurde ein Betrag in Höhe von 1.466.302 EUR eingezahlt. Für Leistungen innerhalb von Einrichtungen ein Gesamtbetrag in Höhe von 1.683.197 EUR.

Insgesamt teilt sich der Gesamtbetrag der sonstigen Transfereinzahlungen wie folgt auf:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 364.800,00 | 364.800,00 | 437.997,51 | 403.781,99 |
| Übergegangene bzw. übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtliche Unterhaltsverpflichtete usw. | 308.800,00 | 308.800,00 | 352.831,53 | 323.795,45 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 988.700,00 | 988.700,00 | 1.051.909,97 | 985.741,07 |
| Sonstige Ersatzleistungen | 895.500,00 | 895.500,00 | 804.490,46 | 574.470,96 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 37.000,00 | 37.000,00 | 502.268,62 | 78.666,52 |
| | 2.594.800,00 | 2.594.800,00 | 3.149.498,09 | 2.366.455,99 |

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **4** | **Öffentlich-rechtliche Entgelte** | 10.662.000,00 | 10.662.000,00 | 10.765.872,23 | 10.087.622,76 |

Der Landkreis Wittmund weist unter den **öffentlich-rechtlichen Entgelten** die Einzahlungen für Benutzungsgebühren in Höhe von 8.594.393 EUR sowie Verwaltungsgebühren in Höhe von 2.171.480 EUR aus.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **5** | **Privatrechtliche Entgelte** | 557.600,00 | 557.600,00 | 646.963,99 | 754.900,99 |

Die Einzahlungen für **privatrechtliche Entgelte** des Landkreises Wittmund setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Mieten und Pachten | 370.900,00 | 370.900,00 | 365.414,02 | 369.486,27 |
| Einzahlungen aus Verkauf | 37.300,00 | 37.300,00 | 27.890,54 | 22.122,80 |
| sonstige privatrechtliche Entgelte | 149.400,00 | 149.400,00 | 253.659,43 | 363.291,92 |
| | 557.600,00 | 557.600,00 | 646.963,99 | 754.900,99 |

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **6** | **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** | 10.901.400,00 | 10.901.400,00 | 12.136.402,99 | 2.018.422,11 |

Im Vorjahr wurden die Erstattungen des Landes im Rahmen des Quotalen Systems unter **Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke** ausgewiesen. Im Jahresabschluss 2012 werden diese unter **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** in Höhe von 10.800.000 EUR dargestellt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **7** | **Zinsen und ähnliche Einzahlungen** | 495.000,00 | 495.000,00 | 497.144,86 | 516.940,41 |

Die **Zinsen und ähnliche Einzahlungen** setzen sich hauptsächlich aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von rd. 484.000 EUR zusammen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **9** | **Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen** | 888.400,00 | 888.400,00 | 829.240,06 | 933.177,56 |

Die **sonstigen haushaltswirksamen Einzahlungen** umfassen hauptsächlich

Bußgelder in Höhe von rd. 485.000 EUR sowie Verwarngelder von rd. 320.000 EUR.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **10** | **Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | 88.598.500,00 | 88.598.500,00 | 88.718.833,07 | 70.353.971,40 |

Die **Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit** ergibt sich aus der Addition der Positionen 1 bis 9 der Finanzrechnung.

## Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **11** | **Auszahlungen für aktives Personal** | 15.902.000,00 | 15.902.000,00 | 16.238.930,26 | 13.191.403,98 |

Die **Auszahlungen für aktives Personal** beinhalten u.a. die Besoldung der Beamten, die Entgelte der Beschäftigten, Beiträge zu Versorgungskassen und Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung. Der Anstieg der Personalauszahlungen liegt in den Neueinstellungen u. a. für das Jobcenter begründet.

Die Auszahlungen gliedern sich wie folgt auf:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Dienstauszahlungen | 11.979.800,00 | 11.979.800,00 | 11.681.706,39 | 9.872.966,95 |
| Beiträge zu Versorgungskassen | 1.749.900,00 | 1.749.900,00 | 2.344.017,78 | 1.592.996,02 |
| Beiträge zu gesetzlichen Sozialversicherung | 1.999.500,00 | 1.999.500,00 | 1.902.996,60 | 1.579.780,95 |
| Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beamte und Arbeitnehmer | 172.800,00 | 172.800,00 | 310.209,49 | 145.660,06 |
| | 15.902.000,00 | 15.902.000,00 | 16.238.930,26 | 13.191.403,98 |

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **12** | **Auszahlungen für Versorgung** | 160.400,00 | 160.400,00 | 161.541,30 | 157.478,86 |

Hauptsächlich umfassen die **Auszahlungen für Versorgung** die Beihilfen und

die Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger mit rd. 158.000 EUR.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **13** | **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände** | 6.391.000,00 | 6.454.409,10 | 5.624.223,67 | 5.471.120,61 |

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 1.954.400,00 | 1.973.645,86 | 1.874.405,68 | 1.841.481,63 |
| Unterhaltung des beweglichen Vermögens und Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände | 431.800,00 | 434.752,66 | 338.247,53 | 467.064,27 |
| Mieten und Pachten | 428.300,00 | 428.300,00 | 355.547,44 | 327.494,95 |
| Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen | 1.572.400,00 | 1.572.400,00 | 1.431.303,84 | 1.528.131,79 |
| Haltung von Fahrzeugen | 186.700,00 | 186.700,00 | 172.107,85 | 161.229,15 |
| Besondere Auszahlungen für Beschäftigte | 228.400,00 | 247.833,79 | 229.907,73 | 138.091,06 |
| Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen | 404.200,00 | 404.897,38 | 295.638,64 | 349.438,74 |
| Erwerb von Vorräten | 30.000,00 | 30.000,00 | 17.227,05 | 28.704,83 |
| Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen | 1.154.800,00 | 1.175.879,41 | 909.837,91 | 629.484,19 |
| | 6.391.000,00 | 6.454.409,10 | 5.624.223,67 | 5.471.120,61 |

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **14** | **Zinsen und ähnliche Auszahlungen** | 1.170.000,00 | 1.170.000,00 | 1.022.058,72 | 1.092.446,45 |

Im Jahr 2012 wurden unter der Position **Zinsen und ähnliche Auszahlungen** 915.098 EUR für die in der Bilanz nachgewiesenen Verbindlichkeiten und auf Grund kreditähnlicher Rechtsgeschäfte geleistet. Dieser Betrag wurde im Zusammenhang mit Investitionskrediten gezahlt. Weiterhin wurden Zinsen für Liquiditätskredite i.H.v. 106.961 EUR ausgezahlt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **15** | **Transferauszahlungen** | 51.581.700,00 | 51.607.406,26 | 49.691.643,22 | 28.327.141,50 |

Die **Transferauszahlungen** umfassen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke in Höhe von 5.929.567 EUR, Schuldendiensthilfen in Höhe von 192.702 EUR, Sozialtransferauszahlungen in Höhe von 43.376.437 EUR sowie allgemeine Umlagen in Höhe von 192.936 EUR.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke beinhalten mit über 2,7 Mio EUR die Umlage an den Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Friesland/Wittmund. Weiterhin ist eine Umlage an den Zweckverband Veterinäramt JadeWeser mit über 366.000 EUR enthalten. Auszahlungen für Tageseinrichtungen für Kinder wurden im Prüfungsjahr in Höhe von ca. 504.000 EUR geleistet. Für die Volkshochschule und Musikschule Friesland-Wittmund gGmbH wurde im Jahr 2012 eine Trägerpauschale in Höhe von rd. 474.000 EUR erbracht und zur Verlustabdeckung des Krankenhauses Wittmund wurden rd. 298.000 EUR ausgezahlt.

Die Sozialtransferauszahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen | 6.634.764,03 | 7.506.665,04 |
| Soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen | 14.463.533,26 | 13.789.542,09 |
| Sonstige soziale Leistungen | 22.278.140,03 | 224.836,63 |
| | 43.376.437,32 | 21.521.043,76 |

Die sozialen Leistungen an natürliche Personen **außerhalb** von Einrichtungen wurden insbesondere für folgende Bereiche ausgezahlt:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII) | 2.023.852,89 | 1.893.603,69 |
| Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kap. SGB XII) | 1.564.350,36 | 1.415.094,50 |
| Hilfen zur Erziehung | 1.530.758,18 | 1.427.149,98 |

Für natürliche Personen **innerhalb** von Einrichtungen wurden hauptsächlich soziale Leistungen aus folgenden Bereichen ausgezahlt:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kap. SGB XII) | 10.074.825,94 | 9.406.295,01 |
| Hilfen zur Erziehung | 1.546.193,16 | 1.447.963,00 |
| Hilfe zur Pflege (7. Kap SGB XII) | 1.408.178,33 | 1.430.894,49 |
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kap. SGB XII) | 856.669,71 | 777.325,36 |
| Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kap. SGB XII) | 391.910,49 | 346.402,45 |

Die **sonstigen** sozialen Leistungen teilen sich im Wesentlichen folgendermaßen auf:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Arbeitslosengeld II | 11.111.145,20 | 0,00 |
| Leistungen für Unterkunft und Heizung (kommunalfinanziert) | 7.577.225,32 | 0,00 |
| Eingliederungsleistungen | 1.560.482,67 | 0,00 |
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz | 753.410,11 | 564.649,16 |
| Unterhaltsvorschussleistungen | 579.816,00 | 617.733,57 |

Mit Übernahme des Jobcenters fallen im Haushaltsjahr 2012 Arbeitslosengeld II, Leistungen für Unterkunft und Heizung und Eingliederungsleistungen für den Landkreis Wittmund an. Diese werden hier unter den sonstigen sozialen Leistungen dargestellt.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Unterhaltsvorschussleistungen wurden im Jahr 2011 noch unter den sozialen Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen ausgewiesen. Sie wurden aus statistischen Gründen umgegliedert.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **16** | **Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen** | 9.914.000,00 | 9.952.862,42 | 9.443.765,55 | 17.213.256,18 |

Die **sonstigen haushaltswirksamen Auszahlungen** setzen sich wie folgt zusammen:

| | 31.12.2012 | Vorjahr |
|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsauszahlungen | 69.694,23 | 57.377,08 |
| Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 6.358.547,53 | 6.239.892,71 |
| Geschäftsauszahlungen | 677.423,55 | 575.934,99 |
| Steuern, Versicherungen, Schadensfälle | 309.123,47 | 344.976,28 |
| Erstattung für die Auszahlungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit | 1.993.785,24 | 2.359.275,74 |
| Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung von den Gemeinden | 35.191,53 | 7.635.799,38 |
| | 9.443.765,55 | 17.213.256,18 |

Mit Übernahme des Jobcenters 2012 reduzieren sich die "Erstattung für die Auszahlung von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit" und die " Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung von den Gemeinden". Im Gegenzug werden die Leistungen, die vom Jobcenter erbracht werden, erstmals unter "Sonstige soziale Leistungen" ausgewiesen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **17** | **Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** | 85.119.100,00 | 85.247.077,78 | 82.182.162,72 | 65.452.847,58 |

Die **Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit** ergibt sich aus der Addition der Positionen 11 bis 16 der Finanzrechnung.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **18** | **Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit** | 3.479.400,00 | 3.351.422,22 | 6.536.670,35 | 4.901.123,82 |

Der **Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit** ergibt sich aus der Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich der Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit.

## Einzahlungen für Investitionstätigkeit

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **19** | **Zuwendungen für Investitionstätigkeit** | 1.779.600,00 | 1.779.600,00 | 1.457.490,01 | 2.569.312,97 |

Die **Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionstätigkeit** beinhalten Investitionszuweisungen und -zuschüsse für öffentliche Einrichtungen wie z. B. Schulen, Sportstätten und Straßen. Den Hauptteil dieser Einzahlungen hat der Landkreis mit 1.355.981 EUR (= 93,0%) vom Land erhalten.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **20** | **Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** | 21.000,00 | 21.000,00 | 326.326,50 | 142.181,65 |

Bei den **eingezahlten Beiträgen u.ä. Entgelten für Investitionstätigkeit** handelt es sich ausschließlich um Beiträge, die als Ausgleichszahlungen für die Befreiung von Ersatzmaßnahmen an den Landkreis gezahlt wurden.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **21** | **Veräußerung von Sachvermögen** | 113.300,00 | 113.300,00 | 27.219,87 | 99.143,95 |

Einzahlungen durch die **Veräußerung von Sachvermögen** erfolgen beim Verkauf von bebauten oder unbebauten Grundstücken. Weitere Einzahlungen werden durch den Verkauf von beweglichen Vermögensgegenständen, sofern deren Einzelwert ursprünglich einen Wert von 150 EUR ohne Umsatzsteuer überschritten hatte, erzielt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **22** | **Finanzvermögensanlagen** | 100,00 | 100,00 | 0,00 | 0,00 |

In der Position **Finanzvermögensanlagen** werden die erzielten Einzahlungen aus den Veräußerungen von Anteilsrechten von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen oder von Wertpapieren zusammengefasst.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **23** | **Sonstige Investitionstätigkeit** | 451.900,00 | 451.900,00 | 451.895,02 | 424.011,60 |

In der Finanzrechnung des Landkreises Wittmund werden unter der Position **sonstige Investitionstätigkeit** hauptsächlich die Rückflüsse von Ausleihungen ausgewiesen. Hier ist insbesondere die Kreisschulbaukasse zu nennen, wo in 2012 ein Betrag in Höhe von rd. 449.000 EUR vereinnahmt wurde.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **24** | **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | 2.365.900,00 | 2.365.900,00 | 2.262.931,40 | 3.234.650,17 |

Die **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** ergibt sich aus der Addition der Zeilen 19 bis 23 der Finanzrechnung des Jahres 2012.

## Auszahlungen für Investitionstätigkeit

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **25** | **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** | 751.000,00 | 751.000,00 | 677.485,81 | 287.198,30 |

Die Auszahlungen für den **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** umfassen den Kauf von Grundstücken und Gebäuden. Hier wird im Wesentlichen die erste Rate für das neu erworbene Verwaltungsgebäude VI des Landkreises Wittmund ausgewiesen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **26** | **Baumaßnahmen** | 845.100,00 | 990.658,93 | 925.829,17 | 1.445.526,68 |

Die Auszahlungen für **Baumaßnahmen** des Landkreises Wittmund teilen sich wie folgt auf:

| | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|
| Hochbaumaßnahmen | 183.410,76 | 78.402,33 | 658.801,62 |
| Tiefbaumaßnahmen | 748.460,66 | 787.703,30 | 565.992,25 |
| Sonstige Baumaßnahmen | 58.787,51 | 59.723,54 | 220.732,81 |
| Summe: | 990.658,93 | 925.829,17 | 1.445.526,68 |

Die Auszahlungen für die Tiefbaumaßnahmen betreffen insbesondere den Ausbau (Fahrbahnerneuerung) der K 16.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **27** | **Erwerb von beweglichem Sachvermögen** | 1.248.500,00 | 1.341.123,02 | 1.162.088,31 | 890.614,74 |

Der **Erwerb von beweglichem Sachvermögen** beinhaltet den Kauf von beweglichen Sachen, die mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten als Sachvermögen (ohne Vorräte) in der Bilanz nachgewiesen werden. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten müssen - außer bei Sachgesamtheiten - den Einzelwert von 150 EUR ohne Umsatzsteuer übersteigen. Die Auszahlungen umfassen bewegliche Vermögensgegenstände mit einem Einzelwert von 150 bis 1.000 EUR ohne Umsatzsteuer (sogegenannte Sammelposten) in Höhe von 277.568 EUR sowie bewegliche Vermögensgegenstände mit einem Wert von über 1.000 EUR einschließlich Sachgesamtheiten in Höhe von 884.520 EUR. Hier wurde z. B. die Investition in einen neuen Einsatzleitwagen i. H. v. rd. 285.000 EUR gebucht.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **28** | **Erwerb von Finanzvermögensanlagen** | 46.000,00 | 47.650,13 | 47.206,79 | 52.56 |

In der Finanzrechnung werden unter der Position **Erwerb von Finanzvermögensanlagen** die Auszahlungen für den Erwerb von Anteilsrechten an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen oder von Wertpapieren inkl. der Versorgungsrücklage ausgewiesen. Für den Erwerb von Wertpapieren (Versorgungsrücklage)

hat der Landkreis Wittmund im Jahr 2012 rd. 47.207 EUR gezahlt.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **29** | **Aktivierbare Zuwendungen** | 1.635.100,00 | 1.640.607,44 | 1.685.606,67 | 1.993.867,14 |

Auszahlungen an Dritte in Form von Zuweisungen und Zuschüssen werden in der Finanzrechnung unter **aktivierbare Zuwendungen** ausgewiesen. Sie stellen sich wie folgt dar:

| | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an das Land | 794.300,00 | 794.300,00 | 491.600,61 | 685.254,50 |
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände | 277.700,00 | 283.207,44 | 287.893,40 | 332.551,67 |
| Investitionszuschüsse an verbundene Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen | - | - | 566.988,67 | 666.269,31 |
| Investitionszuschüsse an private Unternehmen | 470.000,00 | 470.000,00 | 282.662,96 | 299.626,66 |
| Investitionszuschüsse an übrige Bereiche | 93.100,00 | 93.100,00 | 56.461,03 | 10.165,00 |
| | 1.635.100,00 | 1.640.607,44 | 1.685.606,67 | 1.993.867,14 |

| | | Haushaltsplan EUR | fortgeschriebener Ansatz EUR | Ergebnis EUR | Vorjahr EUR |
|---|---|---|---|---|---|
| **30** | **Sonstige Investitionstätigkeit** | 447.200,00 | 447.200,00 | 447.176,60 | 421.666,80 |

Unter **sonstige Investitionstätigkeiten** werden Auszahlungen für Ausleihungen ausgewiesen. Hier wird eine Ausleihung im Rahmen der Kreisschulbaukasse erfasst.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **31** | **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | 4.972.900,00 | 5.218.239,52 | 4.945.393,3 | 5.091.435,62 |

Die **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** ergibt sich aus der Addition der Zeilen 25 bis 30 der Finanzrechnung.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **32** | **Saldo aus Investitionstätigkeit** | -2.607.000,00 | -2.852.339,52 | -2.682.461,95 | -1.856.785,45 |

Der **Saldo aus Investitionstätigkeit** ergibt sich aus der Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit abzüglich der Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **33** | **Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag** | 872.400,00 | 499.082,70 | 3.854.208,40 | 3.044.338,37 |

Der **Finanzmittelüberschuss bzw. Finanzmittelfehlbetrag** ergibt sich aus der Summe des Saldos aus lfd. Verwaltungstätigkeit und des Saldos aus Investitionstätigkeit.

Der Landkreis Wittmund weist einen Finanzmittelüberschuss in Höhe von 3.854.208 EUR aus. Dieser hat sich im Vergleich zum Haushaltsplan um 2.981.808 EUR verbessert.

## Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **34** | **Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit** | 891.000,00 | 891.000,00 | 4.246.772,91 | 421.666,80 |

Die **Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit** beinhalten die Einzahlungen für die Aufnahme von Investitionskrediten, Anleihen sowie inneren Darlehen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **35** | **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit** | 1.763.400,00 | 1.763.400,00 | 1.622.799,20 | 1.723.098,89 |

Die **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** umfassen die Auszahlungen (= Tilgungen) für Investitionskredite, Anleihen und die Rückzahlung innerer Darlehen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **36** | **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** | -872.400,00 | -872.400,00 | 2.623.973,71 | .301.432,09 |

Der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** ergibt sich aus der Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit abzüglich der Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **37** | **Finanzmittelbestand** | 0,00 | -373.317,30 | 6.478.182,11 | 1.742.906,28 |

Der **Finanzmittelbestand** ergibt sich aus der Summe der Zeilen 33 und 36 der Finanzrechnung.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **38** | **Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)** | 0,00 | 0,00 | 33.839.823,39 | 34.382.845,08 |

**Haushaltsunwirksame Einzahlungen** enthalten neben den Einzahlungen für Geldanlagen und Liquiditätskredite auch Einzahlungen von Dritten auf sogenannte Verwahrgeldkonten.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **39** | **Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)** | 0,00 | 0,00 | 37.818.084,49 | 34.500.600,62 |

**Haushaltsunwirksame Auszahlungen** beinhalten neben den Auszahlungen für Geldanlagen und Liquiditätskredite auch die Auszahlungen für Dritte über sogenannte Verwahrgeldkonten.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **40** | **Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** | 0,00 | 0,00 | -3.978.261,10 | -117.755,54 |

Der **Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** ergibt sich aus den haushaltsunwirksamen Einzahlungen abzüglich der haushaltsunwirksamen Auszahlungen.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **41** | **Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres** | -7.250.700,00 | -7.250.700,00 | -2.250.748,65 | -3.875.899,39 |

Der **Anfangsbestand an Zahlungsmitteln** soll den Wert der liquiden Mittel zu Beginn des Jahres und ggf. in Anspruch genommener Liquiditätskredite abbilden. Im letzten Jahresabschluss wurde ausführlich auf die Abweichung eingegangen. Der hier ausgewiesene Anfangsbestand an Zahlungsmitteln bildet den Endbestand an Zahlungsmitteln aus dem Abschluss 2011 ab. In dem bereits vorliegenden Jahresabschluss 2013 besteht die Abweichung bei den Anfangsbeständen nicht mehr.

| | | Haushaltsplan | fortgeschriebener Ansatz | Ergebnis | Vorjahr |
|---|---|---|---|---|---|
| **42** | **Endbestand an Zahlungsmitteln** | -7.250.700,00 | -7.624.017,30 | 249.172,36 | -2.250.748,65 |

Der dargestellte **Endbestand an Zahlungsmitteln** ergibt sich aus der Addition der Zeilen 37, 40 und 41 der Finanzrechnung. Der Endbestand an Zahlungsmitteln entspricht dem Stand der liquiden Mittel zum Jahresende 2012.